

Die gesellschaftliche Vernetzung ostdeutscher Parlamentarier

Patzelt, Werner J.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Patzelt, W. J. (1995). Die gesellschaftliche Vernetzung ostdeutscher Parlamentarier. *Historical Social Research*, 20(4), 87-122. <https://doi.org/10.12759/hsr.20.1995.4.87-122>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die gesellschaftliche Vernetzung ostdeutscher Parlamentarier

*Werner J. Patzelt**

Abstract: How were the state parliaments of Germany's Neue Länder, re-established in 1990, linked to East German society in the first years of their existence? What patterns of societal linkages have since developed? Can an increasing similarity between East and West German societal roots of parliaments be stated, and if so, to what extent? These questions are addressed, with findings based on data from surveys of East and West German MPs carried out in 1991/92 and 1994. Evidence is presented that East German assimilation has occurred remarkably fast-paced, with the main reasons for it being the quick adaptation of East German MPs and of the politically relevant structures to the functional logic of the political system imported from West Germany.

I. Vernetzungsfunktion und Vernetzungsstrukturen von Parlamenten

Zu den offensichtlichen Funktionen von halbwegs einflußreichen Parlamenten gehören Gesetzgebung und Regierungskontrolle. Im parlamentarischen Regierungssystem kommt, gut erkennbar, die Funktion der Regierungsbildung hinzu. Nicht nur im demokratischen Parlamentarismus ist ferner leicht die Funktion zu entdecken, Responsivität des politischen Systems zu gewährleisten, nämlich Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß sie von der Regierung zumindest ernstgenommen werden. Schon weniger sichtbar ist die Führungsfunktion der Parlamente: sie haben von sich aus Probleme aufzugreifen und auch für solche Lösungen einzutreten, die noch unpopulär sind. Emst

* Address all communications to Werner J. Patzelt, Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft, D-01062 Dresden.

Fraenkel benutzte hier die Formel von der 'Veredelung des empirisch vorfindbaren Volkswillens', und Walter Bagehot zielte diese Dimension an, als er von der 'teaching function' von Parlamenten sprach.

Hingegen gehört es zu den latenten, oft übersehenen Funktionen von Parlamenten, die Voraussetzungen für dauerhafte Responsivität des politischen Systems sowie für zielgerichtete Führungsanstrengungen zu schaffen. Man kann dies auf den Begriff der 'Bindegliedfunktion' oder 'Vernetzungsfunktion' bringen. Gemeint ist damit, daß Parlamente leistungsfähige Kommunikations- und Interaktionsnetze aufzubauen haben, die sie mit der gesamten Gesellschaft in engen und dauerhaften Kontakt bringen. In solchen Kontaktsträngen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht, zirkuliert Macht als 'Währung der Politik' und werden jene informellen Beziehungen gepflegt, welche die Kernsubstanz des Politischen sind.

Langjährig stabile parlamentarische Demokratien sollten sich durch vielgliedrige und dichte Vernetzungsstrukturen zwischen Parlament und Gesellschaft kennzeichnen.¹ Den Aufbau neuer Demokratien sollte hingegen das allmähliche Aufwachsen solcher Vermittlungsstrukturen, beginnend aus eher bescheidenen Anfängen, kennzeichnen. In jenen Vernetzungsstrukturen, die in 'reifen' parlamentarischen Demokratien immer noch wichtig sind, sich aber auch in 'jungen' parlamentarischen Demokratien bereits zu Beginn ihres Entfaltungsprozesses auffinden lassen, sollten wiederum die zentralen und unverzichtbaren Teile des 'Wurzelwerks der Parlamente' kenntlich werden. Und vergleicht man in einer im Aufbau befindlichen parlamentarischen Demokratie die Entwicklung jenes Wurzelwerks zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit dessen Entwicklungsstand in einer etablierten und ausdifferenzierten parlamentarischen Demokratie, so müßte sichtbar werden, welche Teile jenes Wurzelwerks von vermutlich gleichen systemischen Faktoren gefördert oder gehemmt werden, also: worin sich das kausale Wirken der *Funktionslogik* des gemeinsam prägenden Systems zeigt.² Sich solcher historischer Prozesse mit empirisch-sozialwissenschaftlichem Untersuchungswerkzeug anzunehmen, ist ebenso wie eine planmäßig jahrzehntelange Zeitreihen erzeugende Demoskopie Beispiel einer an der Gegenwart ansetzenden historischen Sozialforschung.

¹ Ausführliche Schilderungen solcher Vernetzungsstrukturen finden sich für den deutschen Fall in Herzog, Dietrich / Rebenstorf, Hilke / Werner, Camilla / Weßels, Bernhard: Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse eine Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Opladen 1990; Herzog, Dietrich / Rebenstorf, Hilke / Weßels, Bernhard (Hrsg.): Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie. Opladen 1993; Patzelt, Werner J.: Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit. Passau 1993; und ders. Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews, Umfragen, Analysen. Mit einem Vorwort von Rita Süßmuth. Berlin 1995.

² Mit Aristoteles ließe sich, Von entsprechenden Befunden ausgehend, eine Theorie der Form- bzw. Materialursachen des 'Wurzelwerks der Parlamente' entwickeln. Siehe zum hier heranzuziehenden kausalanalytischen Instrumentarium mit weiteren Verweisen Riedl, Rupert: Die Spaltung des Weltbildes. Biologische Ursachen des Erklärens und Verstehens. Berlin / Hamburg 1985, S. 80-95.

II. Forschungsansatz und Datenmaterial

Die Neubegründung parlamentarischer Demokratie auf dem Gebiet der zusammengebrochenen DDR machte einen solchen vergleichenden Forschungsansatz möglich. 1991/92 wurde, recht kurz nach ihrem Amtsantritt, die erste Generation frei gewählter ostdeutscher Landes-, Bundes- und Europaparlamentarier auf ihr Amts- und Repräsentationsverständnis, auf ihre Amtsausübung in Parlament und Wahlkreis sowie auf ihre Vernetzung mit intermediären Organisationen und der Gesellschaft befragt. Unter Benutzung eines zwei Jahre zuvor zur analogen Untersuchung bayerischer Abgeordneter entwickelten Forschungsansatzes¹ wurden einesteils semistrukturierte *Intensivinterviews* mit einer Zufallsstichprobe von 211 aus der Grundgesamtheit von 926 ostdeutschen und Westberliner Parlamentariern durchgeführt. Diese Interviews dauerten im Durchschnitt 70 Minuten, wurden auf Band aufgezeichnet, vollständig verschriftet und durch klassifikatorisch-qualitative Inhaltsanalyse ausgewertet.⁴ Andernteils wurden alle ostdeutschen und Westberliner Landes-, Bundes- und Europaparlamentarier *schriftlich* befragt.⁵ Der Fragebogen wurde in drei thematisch spezialisierten Versionen entwickelt und je einer systematischen Zufallsstichprobe von einem Drittel der zu Befragenden zugestellt. Der Rücklauf betrug insgesamt n=403, also 43%. Hierunter befinden sich 8 Europa-, 71 Bundes- und 324 Landesparlamentarier. Da auch Berlin in die Analyse einbezogen wurde, und somit auch Abgeordnete aus dem etablierten Parlamentarismus Westberlins, können die Angaben von letztlich 315 ostdeutschen Parlamentariern denen von 72 Westberliner Parlamentarier gegenübergestellt werden. Zu den letzteren kommen noch 16 aus Westdeutschland stammende Abgeordnete, die in den ostdeutschen Landtagen Mandate ausüben. Diese 88 Par-

¹ Zu ihm und seiner theoretischen Einbettung siehe Patzelt, Abgeordnete und Repräsentation, a.a.O., S. 101-115; zur Verortung solcher Studien in der internationalen deutschen Abgeordnetenforschung ders., Der Abgeordnete - ein unbekanntes Wesen? Bericht über das Schrifttum zur Abgeordnetenforschung, in: Neue Politische Literatur 36, 1991, S. 76-118, und ders., Rollen und Rollenorientierungen deutscher Parlamentarier Probleme und Ergebnisse der Forschung, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1995 (im Erscheinen).

⁴ Diese Untersuchung führte Dr. Roland Schirmer durch, der - zusammen mit zwei Kollegen - auch einen Großteil der Interviewarbeit leistete. Das bei der EDV-gestützten qualitativen Inhaltsanalyse benutzte Textanalysesystem ATLAS/ti wurde von Thomas Muhr an der Technischen Universität Berlin neu entwickelt, ist dem 'grounded theory'-Ansatz verpflichtet und stellt, zumal auch es eine Schnittstelle mit SPSS besitzt, eine vorzügliche Ergänzung der verfügbaren Programme zur quantitativen Inhaltsanalyse dar. Die bei seiner Verwendung gemachten Erfahrungen sind niedergelegt in Schirmer, Roland: Die Arbeit mit ATLAS/ti bei der Analyse großer Textmengen. Arbeitspapier, Dresden 1995.

⁵ Für die Finanzierung der gesamten Studie sei der Fritz-Thyssen-Stiftung gedankt, für die technische Durchführung der schriftlichen Erhebung und ihrer statistischen Analyse Mag. Barbara Wasner und Mag. Gerhard Pilstl, beide Universität Passau.

lamentarier werden im folgenden als 'West-Abgeordnete' bezeichnet und den 'ostdeutschen' Mandatsträgern gegenübergestellt.⁶ Dies erlaubt in gewissen Grenzen den Vergleich des etablierten West-Berliner Parlamentarismus mit dem sich entwickelnden der neuen Bundesländer.

Auch bei der schriftlichen Erhebung wurden die wesentlichen Fragen nach der gesellschaftlichen Vernetzung der Abgeordneten als offene Fragen gestellt, so daß eine Verzerrung der Antworten durch wenig geeignete Vorgaben nicht zu befürchten war. Die erhaltenen Angaben wurden anhand speziell hierfür entwickelter Kategorienschemata vercodet und - zunächst mittels TEXTPACK, sodann anhand von SPSS - quantitativen Inhaltsanalysen unterzogen.⁷ Deren Ergebnisse konvergieren mit den Befunden aus der Interviewstudie und werden im folgenden auch in deren Licht interpretiert.⁸

Die schriftliche Teilstudie des Jahres 1991/92 wurde im Frühjahr 1994 repliziert, also kurz vor dem Ende der ersten Wahlperiode.⁹ Die 1991/92 gestellten offenen Fragen wurden dabei, anhand der bei ihrer Analyse entwickelten Kategorienschemata, in geschlossene Fragen umgewandelt. Ferner bezog diese Folgestudie nicht nur die Berliner und ostdeutschen Abgeordneten, sondern *alle* deutschen Parlamentarier ein und eröffnete dergestalt eine doppelte Vergleichsmöglichkeit die 'Ausgangslage' der gesellschaftlichen Verankerung des ostdeutschen Parlamentarismus kann verglichen werden mit dem, was am Ende der ersten Wahlperiode erreicht war; und das parlamentarische 'Wurzelwerk' der neuen Bundesländer läßt sich - unter Berücksichtigung der entdeckten Ent-

⁶ Die Westberliner Abgeordneten und die aus Westdeutschland stammenden Mandatsträger in ostdeutschen Parlamenten wurden zusammengefaßt, weil anzunehmen war, daß 1991/92 die in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen biographischen Präge- und Sozialisationsfaktoren von Amtsverständnis und Amtsausübung nachhaltiger wirken würden als die Kontextfaktoren einer Mandatsausübung in rein ostdeutschen Landesparlamenten. Für die zu etablierenden Vernetzungsstrukturen, die Gegenstand der folgenden Untersuchung ist, gilt dies freilich weniger. Folglich sind die Vergleichsanalysen von Ost- und West-Abgeordneten vorsichtig zu interpretieren. Allerdings machen die Westberliner Abgeordneten über drei Viertel der 'West-Abgeordneten' aus, so daß die Verzerrungen durch die Einbeziehung von West-Abgeordneten aus reinen Ost-Parlamenten nicht übermäßig ins Gewicht fallen.

⁷ Pragmatische **Hinweise auf einen möglichst effizienten Umgang mit TEXTPACK bei parallelen quantitativen Inhaltsanalysen** sehr vieler und aufeinander bezogenen Texte finden sich in Patzelt, Werner J.: Hinweise zur Arbeit mit Textpack. Arbeitspapier, Dresden 1995.

⁸ Die Abschlußmonographie zur ostdeutschen Abgeordnetenstudie **entsteht derzeit**. Einstweilen finden sich zentrale Ergebnisse in den folgenden Publikationen: Patzelt, Werner J., Legislators of new parliaments: The case of East Germany, in Longley, Lawrence D. (Hrsg.): Working Papers on Comparative Legislative Studies, Appleton 1994, S. 15-33; leicht verändert auch in Agh, Attila, Hrsg., The Emergence of East Central European Parliaments: The First Steps, Budapest 1994, S. 108-121; und ders., Abgeordnete und ihr Beruf, a.a.O.

⁹ Diese Studie **wurde von der DFG** gefördert. Dipl.-Kauffrau Ulrike Dirscherl sei für die technische Organisation der schriftlichen Erhebung und für die Durchführung der umfangreichen statistischen Datenanalysen gedankt.

Wicklungsrichtung - mit der Beschaffenheit des gesellschaftlichen Netzwerks westdeutscher Volksvertretungen konfrontieren. Allerdings sind dabei die Folgen des 'Methodenwechsels' zu bedenken: Antworten auf offene und auf geschlossene Fragen sind durch unterschiedliche Stimuli erzeugt weswegen ihr Vergleich vorsichtiger Interpretation bedarf. Faktisch wurden 1994 die gut 2800 deutschen Landes-, Bundes- und Europaparlamentarier mit vier thematisch spezialisierten Versionen des schriftlichen Fragebogens, die auf vier systematische Zufallsstichproben aus der Grundgesamtheit verteilt waren, zu ihrem Amtsverständnis, zu ihrer Amtsführung und zu ihrer gesellschaftlichen Verankerung befragt. Insgesamt 856 Fragebögen konnten ausgewertet werden; die Rücklaufquote betrug 33%. Bei Ausschluß der Europaparlamentarier liegen der folgenden Analyse die (gewichteten) Angaben von 178 Bundestagsabgeordneten und 638 Landesparlamentariern zugrunde; dabei können 208 Ost-Abgeordnete 608 West-Abgeordneten gegenübergestellt werden.¹⁰ Aus dem in beiden Studien erhobenen Datenmaterial zum 'Wurzelwerk der Parlamente' läßt sich im folgenden nur ein kleiner Teil präsentieren; zumal auf so gut wie alle nach Parlaments- und Parteizugehörigkeit differenzierenden Aussagen muß verzichtet werden.¹¹

Grundsätzlich setzen die unternommenen Vernetzungsanalysen an der Person des einzelnen Parlamentariers an. Zwar ist auch ein Parlament mehr als die Summe seiner Teile, und seine Vernetzung ist die einer *Institution*, nicht die eines bloßen Sozialaggregats. Doch zumal die gesellschaftlichen Vernetzungsstrukturen von Parlamenten - jene zu Parteien, Verbänden, kommunalen Mandatsträgern, Ämtern und Behörden, zum vorpolitischen Raum des örtlichen Vereinslebens und zu einzelnen Bürgern - entstehen keineswegs ohne das Zutun oder hinter dem Rücken von Abgeordneten. Sicher ist der einzelne Parla-

¹⁰ Falls eine Frage bei der Studie aus 1991/92 bzw. 1994 nur in einer Fragebogenversion enthalten war (statt in zweien, dreien oder vierten), sinkt die der Analyse zugrunde liegende Fallzahl auf jeweils rund ein Drittel oder Viertel. Entsprechende Analysen zeigten, daß sich die entsprechenden Teilstichprobe hinsichtlich der ihnen gemeinsamen Variablen nicht signifikant unterscheiden, so daß auch von diesen verringerten Fallzahlen aus verallgemeinert werden kann.

¹¹ Eine recht vollständige Analyse findet sich in Patzelt, Werner J.: Das Wurzelwerk der ostdeutschen Parlamente. Arbeitspapier, Dresden 1995; wichtige weitere Ergebnisse enthält ders., Members of Parliament and interest groups. Findings from East Germany, = Budapest Papers on Democratic Transition, Nr. 108, 1994. Im übrigen sei auf folgende Konferenzbeiträge des Verfassers hingewiesen, in denen weitere Befunde mitgeteilt und interpretiert werden: Learning constituency work: The case of East German MPs. Paper presented at the »Workshop of Parliamentary Scholars and Parliamentarians«, Science Center Berlin, August 19—20, 1994; Societal roots of new parliaments: The case of East Germany. Paper presented at the 16. World Congress of the International Political Science Association, Berlin, August 21 - 25, 1994; The Development of Interest Groups and Lobbying in a Context of Democratic Transition. The Case of Eastern Germany. Paper presented at the Annual Conference of the Slovenian Political Science Association, International Round Table, Lubljana, May 27, 1995.

mentarier hinsichtlich seiner persönlichen Vernetzungsleistung weitgehend austauschbar. Doch die politisch relevanten *Rollenstrukturen*, von denen der Aufstieg ins Parlament abhängt, werden vom Wechsel der jeweiligen Positionsinhaber wenig berührt, da sie nicht so sehr von persönlichen Neigungen und Fertigkeiten der Parlamentarier geprägt sind als vielmehr von der Funktionslogik des parlamentarischen Regierungssystems mit Verhältniswahlrecht. Erst nachdem man solcher Funktionslogik angepaßte persönliche Netzwerke aufgebaut hat, ergibt sich üblicherweise die Chance, ein parlamentarisches Mandat zu erhalten; und hat man es errungen, so tritt man in vielfältige Netzwerke seines Vorgängers einfach deshalb ein, weil dergleichen von einem Abgeordneten erwartet wird oder bei der Ausübung des Mandats sich eben so ergibt. Darum bilden sich in den Angaben einer Vielzahl einzelner Abgeordneter zweifellos die *systemisch generierten* Vernetzungsstrukturen ab, und genau darum ist es nicht nur aus pragmatischen Gründen sinnvoll, die überindividuellen Kommunikations- und Interaktionsgeflechte des 'Wurzelwerks der Parlamente' von der Person des einzelnen Abgeordneten her zu erschließen. Allerdings wäre es wünschenswert, in weiteren Studien über die dergestalt ausfindig gemachten 'Startadressen' der ego-zentrierten Netzwerke ostdeutscher Parlamentarier hinauszugehen und die weiteren Verzweigungen jener in der Rolle des Abgeordneten verknöteten Kommunikations- und Interaktionsstränge bis an den 'Mutterboden der Gesellschaft' zu verfolgen.

III. Persönliche Vernetzungen der ostdeutschen Abgeordneten

1. Die Parteifunktionen der Parlamentarier

Parteien sind in einer Massendemokratie, zumal in einem parlamentarischen Regierungssystem, zentrale politische Organisationen. Allein schon die Bestellung von Repräsentanten durch periodische freie Wahlen, vor allem aber der stets parteipolitisch definierte Dualismus eines parlamentarischen Regierungssystems zwischen Mehrheit und Minderheit, sorgen dafür. Wird das Wahlrecht gar noch als Verhältniswahlrecht ausgestaltet, so steigt die Bedeutung von Parteien als Selektionsagenturen für Kandidaten, als Akteuren des Wahlkampfes und als Adressaten der Wahlentscheidung erst recht. Vor allem in diesem Fall, der für Deutschland kennzeichnend ist, wird für einen Abgeordneten die Art der Verankerung in seiner Partei zur zentralen Frage seiner politischen Karriere und Biographie.

Wie sind die Abgeordneten also über Parteifunktionen in ihren Parteien verankert? Nach solchen Funktionen ohne Antwortvorgaben befragt, nannten 1991/92 191 Ost-Abgeordnete 254 Funktionen, 49 West-Abgeordnete 67.¹² Die

¹² Unter den Ost-Abgeordneten gehörten der CDU an 72, der SPD 55, der FDP 17, B90/Gr 12 und der PDS 4. Für die West-Abgeordneten sind die Zahlen: CDU 22, SPD 19; FDP 5, B9/Grüne 1, PDS 1.

Angaben wurden zunächst anhand eines sehr differenzierten Kategorienschemas codiert und dann zu größeren Gruppen zusammengefaßt. Die Ergebnisse finden sich in der Tabelle 1. Sie listet auf, welcher Anteil der Ost-Abgeordneten welche Parteifunktionen auszuüben angab und stellt die Mittelwerte von Ost- und Westabgeordneten gemeinsam mit Angaben über die Signifikanz des Unterschiedes einander gegenüber.

Tabelle 1: *Parteifunktionen ostdeutscher Parlamentarier 1991/92*

Ausgeübte Parteifunktion	n (Ost)	% (Ost)	Mittel Ost	Mittel West	t-Test p

Befragte mit Führungs- funktionen insgesamt	120	62,8	0,76	0,84	n.s.

Führungsfunktionen auf ...					
- Ortsebene	24	12,6	0,13	0,20	0,00
- Kreisebene	55	28,8	0,30	0,39	n.s.
- Bezirksebene	5	2,6	0,03	0,04	n.s.
- Landesebene	39	20,4	0,20	0,29	n.s.
- Bundesebene	8	4,2	0,04	0,06	n.s.

Weitere Funktionen					
- in Arbeitskreisen	26	13,6	0,16	0,12	n.s.
- als Delegierter	13	6,8	0,08	0,16	n.s.

keine Parteifunktionen	43	22,5	0,23	0,10	0,02

Nennungen: *)	240		240	64	
Befragte:	191		191	49	

*) Gemäß der Fragestellung falsche Nennungen von *parlamentarischen* Funktionen wurden hier *nicht* tabelliert.

Legende:

Spalte *n (Ost)*: Anzahl der von den ostdeutschen Befragten vorgebrachten Nennungen pro Kategorie. Spalte *% (Ost)*: Prozentanteil der Nennungen aus Spalte 1 an der Anzahl der befragten ostdeutschen Parlamentarier. Spalte *Mittel Ost* bzw. *Mittel West*: arithmetisches Mittel der mit 1 bzw. 0 (Vorliegen bzw. Nicht-Vorliegen) codierten Nennungen der einzelnen Gruppen unter Einschluß von Mehrfachnennungen pro Gruppe. Spalte *t-Test*: Vergleich der Mittelwerte für Ost- und West-Abgeordnete.

Der weitaus größte Teil von Ost- wie West-Abgeordneten übte 1991/92 irgendwelche Führungsfunktionen als Vorsitzender oder Mitglied von Vorständen der Gebietsgliederungen der eigenen Partei aus. Auch für Ostdeutschland

galt darum, und zwar trotz ganz außergewöhnlicher Rekrutierungsbedingungen seiner Abgeordneten, ziemlich rasch, daß Parlamentarier und Partei einander entgegensetzen zu wollen am tatsächlich bestehenden Beziehungsgeflecht vorbeigeht Abgeordnete sind als Parteiführer nämlich die parlamentarischen Exponenten, nicht Befehlsempfänger, ihrer vom Volk zur Ausübung politischer Macht legitimierten Parteien.¹³ Doch unzweifelhaft spiegelt sich in der Tabelle 1 auch, wieviel weniger selbstverständlich es im Vergleich mit Westdeutschland unter Ost-Abgeordneten war, die parteipolitische Arbeit als Voraussetzung und unverzichtbare Ergänzung der parlamentarischen Arbeit aufzufassen: ein signifikant größerer Anteil ostdeutscher Parlamentarier - knapp ein Viertel - gab an, überhaupt keine Parteifunktionen innezuhaben, und dies paßt zur in den Interviews recht häufig geäußerten Ansicht, 'eigentlich' solle ein Abgeordneter sein Mandat ganz frei von Parteibindungen ausüben.

Hier sind traditionelle Vorbehalte wirksam, die sich auch in einer im Frühjahr 1995 vom Verfasser in Zusammenarbeit mit dem Allensbacher Institut für Demoskopie durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage widerspiegeln. Denn nur 30% der westdeutschen und 24% der ostdeutschen Bevölkerung meinen, ein Abgeordneter solle auch ein Amt in seiner Partei bekleiden dürfen, während 48% bzw. 58% dies ablehnen.¹⁴ Deutlich ist das ein gesamtdeutscher, letztlich bis in das Bismarck-Reich zurückgehender Anti-Parteien-Affekt. Die Prägekraft eines Systems, das so gut wie ausschließlich Parteiführern verschiedener Ebenen den Weg ins Parlament öffnet und ihnen dort Einfluß verschafft, mildert allerdings unter den Abgeordneten solche Denkweisen: 1991/92 hielten 28% der ostdeutschen Abgeordneten die Übernahme von Parteifunktionen für falsch (West-Parlamentarier 19%), 45% aber für richtig (West-Abgeordnete: 63%).¹⁵ Der Ost/West-Vergleich läßt erkennen, daß wohl Erfahrungen mit dem Führungsmonopol der SED in Verbindung mit falschen Vorstellungen von der Funktionslogik eines parlamentarischen Regierungssystems bei den ostdeutschen Abgeordneten die traditionellen gesamtdeutschen Vorbehalte gegen Parteibindungen dahingehend verschärften, nun endlich solle sich parlamentarische Demokratie möglichst frei von Parteilichkeit und somit auch Parteien entfalten. Im übrigen war in der Wendezeit die Kritik an Ämterhäufungen sehr verbreitet, was auch nicht ohne Folgen für das Vernetzungsverhalten der Parlamentarier blieb. 1994 hatten sich diese Akzentuierungen erst ein wenig abgeschliffen: nur 25% der ostdeutschen Abgeordneten hielten die Übernahme von Parteifunktionen für falsch (westdeutsche: 21%), immer noch 45% aber für richtig (westdeutsche: 54%).

¹³ Dies zeigt sich auch daran, daß ostdeutsche Abgeordnete anfangs nicht selten auch ohne persönlichen Wunsch danach in die Vorstände regionaler Parteigliederungen kooptiert wurden.

¹⁴ Unentschieden: 22% unter den Westdeutschen, 19% unter den Ostdeutschen.

¹⁵ Auf 100% jeweils fehlende Werte: 'unentschieden'.

Dennoch war auch schon 1991/92 das Sein dem Bewußtsein weit vorausgeeilt und hatte vielfach vereinheitlichend gewirkt ausweislich der Tabelle 1 agierten damals ohnehin die meisten ostdeutschen Abgeordneten als Parteiführer. Unter ost- wie westdeutschen Parlamentariern waren dabei die wichtigsten Ebenen, auf denen sie Parteiführungsfunktionen ausübten, gleichermaßen die Kreis- und die Landesebene. Die Kreisebene ist wichtig als die eigentliche Basis jeder Partei: dort verfestigt sie sich erstmals in handlungsfähigen Strukturen, während Ortsvereine vor allem für die gesellschaftliche Verankerung einer Partei sorgen, ansonsten von kommunalpolitischen Aufgaben absorbiert werden und letztlich die - allerdings lebenswichtigen - Substrukturen einer Partei darstellen. Wer ein parlamentarisches Mandat von einer gesicherten innerparteilichen Machtstellung her ausüben (und neu erringen) will, muß sich folglich auf der Kreisebene absichern. Und umgekehrt braucht eine Partei, will sie eine politisch ins Gewicht fallende Größe sein, jene informationelle Annetzung an das politische System, welche nur hauptberufliche Politiker oberhalb der kommunalpolitischen Ebene leisten können. Darum ist die Übernahme eines Kreisvorsitzes sowohl für den Abgeordneten als auch für die Parteigliederung attraktiv. Eben der letzteren willen kam es in den neuen Bundesländern sehr rasch zur Übernahme von Kreisvorsitzenden durch Abgeordnete: der funktionstüchtige Kern der im Umbruch befindlichen Parteien waren ihre Fraktionen, so daß es von den Abgeordneten ausgehend die Parteistrukturen zu stabilisieren galt. Im Unterschied zur Lage in den Altbundesländern diente hier also nicht der Kreisvorsitz der Sicherung des Mandats, sondern dieses der Sicherung von Parteiarbeit auf Kreisebene. Die häufige Nennung von Führungsfunktionen auf Landesebene erklärt sich daraus, daß die dortigen Spitzenpositionen so gut wie immer von Parlamentariern eingenommen werden: in Westdeutschland ist parlamentarische Bewährung in der Regel eine Vorbedingung für den innerparteilichen Aufstieg in die Landesleitung, und in Ostdeutschland waren es oft die Aktiven der Wendezeit, die in die Parlamente einzogen und denen, zogen sie sich nicht aus gleichwelchen Gründen vom weiteren parteipolitischen Leben zurück, Spitzenfunktionen in ihren Parteien kaum zu nehmen waren.

Trotzdem war 1991/92 - mit Ausnahme von Funktionen in Arbeitskreisen - die innerparteiliche Verankerung der ostdeutschen Abgeordneten klar geringer als die der West-Abgeordneten. Deutlich wird das im größeren Anteil von Parlamentariern, der überhaupt keine Parteifunktionen ausübte. Außerdem zeigen andere Befunde, daß die ostdeutschen Abgeordneten während der ersten Wahlperiode im wesentlichen mit parlamentarischen Aufgaben befaßt waren, so daß die Wahlkreisarbeit und mit ihr die Rückbindung von Parlamentariern an die regionalen Gliederungen ihrer Parteien schlechterdings hintangestellt werden mußte.¹⁶

¹⁶ Gemessen anhand einer fünfstufigen Beurteilung mit 1 'Parlamentsarbeit' und 5 'Wahlkreisarbeit', wollten die ostdeutschen Landtagsabgeordneten ihren Arbeitsschwerpunkt mit einem Mittelwert von 2,7 auf die Parlamentsarbeit legen, womit sie

Anhand der 1994 erhobenen Daten ist es möglich, Veränderungen der innerparteilichen Verankerung der ostdeutschen Abgeordneten ausfindig zu machen. Dabei muß in Rechnung gestellt werden, daß 1991/92 die Parteifunktionen anhand einer offenen Frage, 1994 hingegen anhand von Antwortvorgaben erhoben wurden, die allerdings dem in Tabelle 1 benutzten Kategorienschema entsprachen. Dieser methodische Unterschied mag zwar daran mitgewirkt haben, daß 1994 so viel mehr Hinweise auf Parteifunktionen gegeben wurden als 1991/92. Doch die Interviews zeigen, daß die in Tabelle 2 dokumentierten Unterschiede zwischen 1991/92 und 1994 wohl wirklich in erster Linie darauf zurückgehen, daß die ostdeutschen Abgeordneten einige Vorbehalte gegen die Übernahme von Parteifunktionen abbauten und sich im übrigen darauf einließen, ihr persönliches Netzwerkverhalten an der Funktionslogik des neuen Systems auszurichten.

Mit Ausnahme von Führungsfunktionen auf Bundesebene liegen die Angaben der ostdeutschen Abgeordneten zu ausgeübten Parteifunktionen 1994 stets deutlich höher als 1991/92.¹⁷ Dies zeigt an, daß die Verankerung der Ost-Abgeordneten in ihren Parteien im Lauf der ersten Wahlperiode *wesentlich* stärker geworden ist. Daß sich dies in einer Zeit vollzog, in der die Parlamentsarbeit dominierte und den Abgeordneten nur die wichtigsten zusätzlichen Aufgaben sich aufzuladen erlaubte, unterstreicht die tatsächliche Bedeutung der Ausübung von Parteifunktionen. Ausweislich der Interviews war es so, daß die Abgeordneten sich gegebenenfalls auch gegen ihren Willen in die Pflicht genommen sahen, sich durch die Übernahme von Führungsfunktionen um ihre Parteien zu kümmern, da deren Strukturen auf der Kreisebene sonst oft zerfallen wären. Und außerdem merkten die Parlamentarier schon 1991/92 mehr und mehr, daß sie ohne eine enge Rückverbindung zu ihren Parteien ohne echte politische Basis blieben; und wichtiger Instrumente einer auf Durchsetzungskraft und Wiederwahl ausgerichteten Mandatsausübung beraubt waren. Dergestalt drückt die so deutliche Zunahme der Anzahl ausgeübter Parteifunktionen aus, daß sich die Abgeordneten nach anfänglichen Vorbehalten der Funktionslogik des neu etablierten Systems anpaßten.

ein halbwegs ausgeglichenes Verhältnis zwischen Parlaments- und Wahlkreisarbeit anstrebten. Tatsächlich war ihr Arbeitsschwerpunkt aber mit einem - anhand der gleichen Skala gemessenen - Mittelwert von 2,0 klar von der Wahlkreisarbeit weggerückt. Bei den in die 'normale Bundestagsarbeit' eingebundenen ostdeutschen MdB waren die entsprechenden Mittelwerte 3,1 bzw. 2,7, was ein recht ausgewogenes Verhältnis darstellt. Die 1991/92 befragten West-Parlamentarier erreichten Mittelwerte von 2,8 beim angestrebten und 2,3 beim tatsächlichen Arbeitsschwerpunkt. In der Tat waren die ostdeutschen Landtagsabgeordneten somit viel stärker als ihre Westkollegen (und auch viel stärker, als sie es persönlich wollten) Parlamentarier, die aus Zeitmangel sinnvolle Wahlkreis- und Venetzungsaufgaben in gewissem Umfang vernachlässigen mußten. Vgl. Patzelt, Legislators of new parliaments, a.a.O., S. 20f.

¹⁷ Diese waren gleich nach der Vereinigung von West- und Ostparteien gemäß der Ostdeutschland zustehenden 'Quote' besetzt worden.

*Tabelle 2: Parteifunktionen ostdeutscher Parlamentarier:
1991/92 und 1994 im Vergleich*

Ausgeübte Partei- funktionen (in % der Befagten)	Ost 1991/92	Ost 1994	West 1994	t-Test 1994
Befragte mit Führungs- funktionen insgesamt	62,8	68,1	74,5	0,00
Führungsfunktionen auf ...				
- Ortsebene	12,6	22,6	37,1	0,00
- Kreisebene	28,8	53,2	57,5	n.s.
- Bezirksebene	2,6	6,7	31,0	0,00
- Landesebene	20,4	29,4	20,8	0,02
- Bundesebene	4,2	3,4	4,3	n.s.
Weitere Funktionen				
- in Arbeitskreisen	13,6	27,9	31,5	n.s.
- als Delegierter	6,8	62,8	82,1	0,00
keine Parteifunktionen	22,5	12,6	6,5	0,02
Befragte:	191	208	608	

Die Tabelle 2 zeigt ferner, daß hinsichtlich der ausgeübten Parteifunktionen die ostdeutschen Abgeordneten ihren westdeutschen Kollegen ähnlicher wurden. Jetzt schon gibt es keinen Unterschied mehr hinsichtlich der Verankerung in Führungspositionen auf Kreis- und Bundesebene sowie bezüglich der Übernahme von Funktionen in den Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften der Parteien. Und für Ost- wie Westdeutschland gilt, daß nur mehr eine sehr kleine Minderheit von Parlamentariern überhaupt keine Parteifunktionen ausübt, daß zwei Drittel bis drei Viertel aber territoriale Führungsfunktionen (davon über die Hälfte auf Kreisebene) ausüben und dergestalt dem trotzdem populären Leitbild einer Trennung von Parteiamt und parlamentarischem Mandat überhaupt nicht entsprechen.

Insgesamt sind die ostdeutschen Parlamentarier in ihren Parteien allerdings immer noch klar schwächer verankert als ihre westdeutschen Kollegen. Der Hauptgrund dürfte inzwischen aber im geringeren Entwicklungsgrad der ostdeutschen Parteien liegen. Denn da aufgrund der vergleichsweise wenigen Mitglieder den Parteien in Ostdeutschland die Bezirksebene weitgehend fehlt, ist der diesbezügliche Unterschied ebenso leicht erklärlich wie der geringere Anteil an Ost-Abgeordneten mit Führungsfunktionen auf Ortsebene: die Parteien haben in Ostdeutschland nicht nur absolut, sondern auch relativ weniger Orts-

verbände als in Westdeutschland. Und sogar der in Ostdeutschland höhere Anteil an den Führungspositionen auf Landesebene wird wohl vom geringeren Entwicklungsstand der Parteien herbeigeführt: den Ost-Abgeordneten erwächst wegen des relativen Personalmangels in ihren Parteien einfach weniger Konkurrenz bezüglich dieser Positionen, als es in Westdeutschland der Fall ist.

2. Gesellschaftliche Funktionen ostdeutscher Parlamentarier

Zu Recht wünscht man sich Parlamentarier, die nicht von der Lebenswirklichkeit der Gesellschaft abgehoben sind und im parlamentarischen Mikrokosmos rein politischen Geschäften nachgehen. Wichtige gesellschaftliche Probleme erkennen, sie mit der notwendigen Sachkunde erörtern und dann in praxistaugliche Beschlüsse umsetzen zu können, erfordert vielmehr Abgeordnete, die Einblick in vielerlei Gesellschaftssegmente haben. Dies ist der rationale Kern des populären Verlangens, ein Parlament solle die Zusammensetzung des vertretenen Volkes nach Herkunftsschicht, Beruf, Geschlecht und Alter in gewissen Grenzen widerspiegeln. Doch ein weit gefächerter sozialer Hintergrund der Mitglieder eines Parlaments mag diesem Ziel zwar förderlich sein, verbürgt aber keineswegs, daß es auch erreicht wird. Denn einmal erworbene biographische und berufliche Einblicke verlieren ihre Aussagekraft im Zug gesellschaftlichen Wandels, und außerdem muß Kommunikation in die verschiedensten Gesellschaftsbereiche hinein *hier und jetzt* gepflogen werden, wofür etwa eine schon längere Zeit zurückliegende Berufstätigkeit meist nicht sorgen kann.

Ein üblicher Weg, solche Vernetzungen aktuell sicherzustellen, führt Abgeordnete in eine Vielzahl gesellschaftlicher Funktionen. Zu ihnen kann eine beibehaltene Berufstätigkeit ebenso zählen wie die Weiterführung kommunalpolitischer Mandate, Aktivität in Vereinen und Verbänden ebenso wie Gremientätigkeit in Fachausschüssen aller Art, in Beiräten, Kuratorien und Kommissionen, in Stiftungen und Förderkreisen. Hinzu können ehrenamtliche Funktionen im Bildungs- und Kulturbereich, im karitativen oder im kirchlichen Bereich kommen, desgleichen Funktionen im Medienbereich, und viele andere Funktionen mehr. Solche Verankerungen können - wie kommunalpolitische Mandate - im Lauf der ins Parlament führenden politischen Laufbahn entstanden sein; sie sind oft im politischen Umfeld der eigenen Partei, noch häufiger in dem der persönlichen politischen Spezialisierung angesiedelt. Sie werden geprägt von der Sozialstruktur und vom vopolitischen Raum des vertretenen Wahlkreises, und nicht selten werden Abgeordnete auch erst aufgrund ihres parlamentarischen Mandats eingeladen, entsprechende Funktionen zu übernehmen. In jedem Fall stiften solche Aufgaben weitere Kommunikations- und Kontaktstränge zwischen Parlament und Gesellschaft.

Wie sind sie beschaffen? 1991/92 wurden die Abgeordneten im Anschluß an Fragen nach ihren Funktionen in Parlament und Partei gefragt »Welche son-

stigen Funktionen, die Sie als für Ihre Abgeordnetentätigkeit wichtig erachten, üben Sie derzeit aus?« 126 Ost-Abgeordnete¹⁸ nannten 146 derartige Funktionen, 34 West-Abgeordnete¹⁹ 42. Zunächst detailliert codiert, wurden die Einzelnennungen für die weitere Analyse in die in Tabelle 3 wiedergegebenen Gruppen zusammengefaßt²⁰. Bei deren Interpretation ist zu bedenken, daß der (West-)Berliner Parlamentarismus, der sich in den Angaben der West-Abgeordneten im wesentlichen spiegelt, als großstädtischer Parlamentarismus atypisch ist für die *durchschnittlichen* gesellschaftlichen Vernetzungen deutscher Parlamentarier. Die Großstadt bietet nämlich eine andere Gelegenheitsstruktur gesellschaftlicher Vernetzungen, als sie in nicht-metropolitanen Wahlkreisen vorliegt. Dies macht den Ost/West-Vergleich dieser Tabelle nur eingeschränkt aussagekräftig, da sich in ihm zwei Effekte überlagern: der Unterschied zwischen (West-)Berlin und Ostdeutschland, sowie der Unterschied zwischen dem (in *seiner* Art) ausdifferenzierten vorpolitischen Raum Westberlins und dessen sich erst neu findenden Strukturen in den neuen Bundesländern.²¹ Hinzu kommt daß - wie die Interviews zeigen - 1991/92 vielen Abgeordneten die politische Bedeutung von nicht-parlamentarischen oder nicht-parteilpolitischen Positionen nicht recht klar war, was nicht nur zu einer geringeren Vernetzungsleistung, sondern auch zu einem fehlerhaften Antwortverhalten geführt haben mag.

Selbst bei vorsichtiger Interpretation ist dieser Tabelle leicht zu entnehmen, daß unter Ost- wie West-Abgeordneten Verbände und Vereine sehr wichtige Arenen sind, in die weitere Vernetzungen vorgenommen werden. Zumal in Ostdeutschland folgt sodann die Tätigkeit in vielerlei Gremien, unter den West-Abgeordneten vielfältige gesellschaftliche Funktionen.²² Hierin deutet sich an, wie wichtig der vorpolitische Raum selbst in der Zeit seiner Rekonstruktion für die Abgeordneten war. Ohnehin kamen nicht wenige ostdeutsche Parlamentarier aus dem - in spezifischer Weise - 'vorpolitischen' Raum der DDR-Nischengesellschaft, und sie erhielten jene Vernetzungen nun weitgehend aufrecht

Dennoch zeigt die Tabelle 3 auch die 1991/92 gegebene Unterentwicklung der Vernetzung ostdeutscher Parlamentarier in *nicht genuin politischen* Handlungszusammenhängen. Unter den Ost-Abgeordneten übte nämlich ein viel

¹⁸ CDU 42, SPD 35, FDP 9, B90/Gr 11, PDS 29.

¹⁹ CDU 14, SPD 16, FDP 2, PDS 2.

²⁰ Im einzelnen erfolgte dies so: Verbands- und Vereinstätigkeit = Funktionen in Verbänden, Freizeitvereinen und in (vor-)politischen Vereinigungen; Gremientätigkeit = Fachausschüsse, Beiräte, Kuratorien, Kommissionen, Stiftungen, Förderkreise; private Funktionen = im eigenen Beruf bzw. unternehmerische Aufgaben; Funktionen im kommunalpolitischen Bereich; gesellschaftliche Funktionen im engeren Sinn = Bildungs- und Kulturbereich, karitativer Bereich, kirchlicher Bereich; Medienbereich.

²¹ Eine Gegenüberstellung von Abgeordneten Ost- und Westberlins wäre aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht sehr aussagekräftig.

²² Siehe die Erläuterung dieser Kategorien in der vorletzten Fußnote.

Tabelle 3: Gesellschaftliche Funktionen ostdeutscher Parlamentarier 1991/92

Ausgeübte Funktion	n (Ost)	% (Ost)	Mittel Ost	Mittel West	t-Test p
- Verbände/Vereine	23	18,3	0,22	0,29	n.s.
- Gremien	21	16,7	0,17	0,09	n.s.
- priv. Funktionen	9	7,1	0,08	0,09	n.s.
- Kommunalpolitik	9	7,1	0,07	0,03	n.s.
- ges. Funkt. i.e.S.	9	7,1	0,10	0,18	n.s.
- Medienbereich	5	4,0	0,04	0,09	n.s.
- Sonstiges	11	8,7	0,10	0,18	n.s.
- keine Funktionen	46	36,5	0,37	0,27	n.s.
Nennungen: *)	146		146	42	
Befragte:	126		126	34	

*) einschließlich Mehrfachnennungen

Legende:

Spalte *n (Ost)*: Anzahl der von den ostdeutschen Befragten vorgebrachten Nennungen pro Kategorie. Spalte *% (Ost)*: Prozentanteil der Nennungen aus Spalte 1 an der Anzahl der befragten ostdeutschen Parlamentarier. Spalte *Mittel Ost* bzw. *Mittel West*: arithmetisches Mittel der mit 1 bzw. 0 (Vorliegen bzw. Nicht-Vorliegen) codierten Nennungen der einzelnen Gruppen unter Einschluß von Mehrfachnennungen pro Gruppe. Spalte *t-Test*: Vergleich der Mittelwerte für Ost- und West-Abgeordnete.

größerer Anteil als unter den West-Abgeordneten *keinerlei* weitere gesellschaftliche Funktionen aus, und mit über einem Drittel der Antwortenden ist dieser Anteil sicher überdurchschnittlich groß. Er geht, erstens, wiederum darauf zurück, daß die ostdeutschen Abgeordneten ihren Arbeitsschwerpunkt klar auf die Parlamentsarbeit legen mußten und für Vernetzungen in den vorpolitischen und gesellschaftlichen Bereich hinein, wie sie für den westdeutschen Parlamentarismus kennzeichnend sind, viel weniger Zeit, Bereitschaft und Initiative erübrigten. Zweitens war im Erhebungszeitraum dieser vorpolitische Raum selbst im Um- und Neuaufbau begriffen, so daß von ihm auch weniger schwer abweisbare Anziehungskraft auf die Abgeordneten ausgehen konnte. Drittens hatten die Abgeordneten damals die auch politische Bedeutung solcher Vernetzungen noch nicht erkannt.

Wiederum erlaubt es die Erhebung aus dem Jahr 1994, die seitherige Entwicklung nachzuzeichnen. Die Antwortvorgaben entsprachen dem anhand der Angaben von 1991/92 entwickelten Kategorienschema, so daß die in Tabelle 4 zusammengestellten Ergebnisse der beiden Befragungen vergleichbar sind.

Tabelle 4: Gesellschaftliche Funktionen ostdeutscher Parlamentarier: 1991/92 und 1994 im Vergleich

Ausgeübte Funktionen (in % der Befragten)	Ost	Ost	West	t-Test
	1991/92	1994	1994	1994
- Verbände / Vereine	18,3	53,3	52,8	n.s.
- Gremien	16,7	58,4	48,3	n.s.
- priv. Funktionen	7,1	16,4	29,0	0,00
- Kommunalpolitik	7,1	25,8	40,9	0,00
- ges. Funkt. i.e.S.	7,1	27,5	35,3	0,04
- Medienbereich	4,0	6,1	5,6	n.s.
- Sonstiges	8,7	2,7	1,9	n.s.
- keine Funktionen	36,5	21,5	23,3	n.s.
Befragte:	126	208	608	

Der geradezu sprunghafte Anstieg in den von ostdeutschen Abgeordneten genannten Funktionen dürfte nur im begrenzten Umfang auf den Wechsel von einer offenen Frage zu einer geschlossenen mit Antwortvorgaben zurückgehen. Zwar haben die befragten Ost-Parlamentarier - worauf die Interviews hinweisen - im Lauf ihrer Amtszeit immer besser die zugleich politische Wichtigkeit 'rein' gesellschaftlicher Funktionen verstanden, weswegen sie diese 1994 wohl auch eher für berichtenswert hielten.²³ Doch dies alles erklärt sicher nicht allein den starken Anstieg der von den ostdeutschen Parlamentariern genannten gesellschaftlichen Funktionen. Vielmehr besagt die Tabelle 4: der Grad gesellschaftlicher Verankerung der ostdeutschen Parlamentarier, ausgedrückt in der Anzahl übernommener Funktionen jenseits von Aufgaben in Parlament und Partei, hat im Lauf der ersten Wahlperiode tatsächlich klar zugenommen. Unzweifelhaft hat das neue politische System somit auch in dieser Hinsicht sein Wurzelwerk ausgeweitet. Und wiederum lief die Entwicklung auf eine Angleichung an etablierte westdeutsche Muster hinaus: bei der Ausübung von Funktionen in Verbänden und Vereinen sowie im Medienbereich bzw. im Anteil der Parlamentarier ohne weitere Funktionen lassen sich kaum mehr Ost/West-Unterschiede feststellen. Unterentwickelt ist im Vergleich zu Westdeutschland allerdings noch die persönliche Verankerung ostdeutscher Parlamentarier im Bereich einesteils von kommunalpolitischen Funktionen und andernteils von gesellschaftlichen Funktionen im engeren Sinn, also bei der Tätigkeit im Bildungs- und Kulturbereich, im karitativen oder kirchlichen Bereich. Die gerin-

²³ Bei den West-Parlamentariern dürfte der Anstieg der Nennungen vor allem darauf zurückgehen, daß 1994 nicht nur die im Bereich gesellschaftlicher Vernetzungen atypischen West-Berliner Abgeordneten befragt wurden.

gere Anzahl von ostdeutschen Parlamentariern mit kommunalpolitischen Funktionen geht zweifellos zurück auf die atypischen Rekrutierungsmuster der dortigen Befragten, die sich nach der Wende meist recht unversehens mit einem parlamentarischen Mandat ausgestattet fanden, und die den westdeutschen, über oft lange beibehaltene kommunale Mandate führenden, Karriereweg nicht zurückgelegt hatten. Die geringere Anzahl an gesellschaftlichen Funktionen im engeren Sinn wird auf dem geringeren Entwicklungsgrad des auf gesellschaftlicher Selbstorganisation beruhenden kulturellen, karitativen und kirchlichen Bereichs der neuen Bundesländer beruhen, in dem über Positionen verankert zu sein einesteiils nicht die Karriere der ostdeutschen Abgeordneten prägte und um den sich anzunehmen bisher seine Grenzen in der Präponderanz der Parlamentsarbeit fand.

3. Mitgliedschaften in Verbänden und Interessengruppen

In einem etablierten parlamentarischen System vollzieht sich der Aufstieg zum Mandat meist im Lauf einer längeren Tätigkeit im vorpolitischen und kommunalpolitischen Bereich. Zu beidem gehört das Engagement in Vereinen und Verbänden. Deren vorpolitischer Raum ist das natürliche Rekrutierungsreservoir der Kommunalpolitik, aus welcher die meisten Parlamentarier hervorgehen, und fachliche Tätigkeit in Parteien bedingt stets die enge Zusammenarbeit mit jenen Interessengruppen, deren Kompetenz in Rechnung zu stellen ist. Außerdem stiften parteispezifische Rekrutierungsmuster bisweilen einen 'zwanglosen Zwang' zur Doppelmitgliedschaft etwa in der SPD und in einer Gewerkschaft. Abgeordnete behalten ihre dergestalt entstandenen Mitgliedschaften in Verbänden und Interessengruppen nach der Mandatsübernahme in der Regel bei und bauen sie im Bereich der Mitgliedschaft in Vereinigungen des vorpolitischen Raumes meist noch aus. Der Zweck dessen liegt weniger darin, daß ein Parlamentarier in solchen Organisationen mitarbeitet oder aus seiner Mitgliedschaft inhaltliche Vorteile zieht. Vielmehr dient die Mitgliedschaft einerseits der zumindest symbolischen Unterstützung des Anliegens der entsprechenden Vereinigung, andernteils aber oft dazu, dem Parlamentarier von vornherein dann im Einzelfall zu nutzende Kontakmetze verfügbar zu machen.²⁴ Im übrigen geht der Wunsch, einen Abgeordneten zum Mitglied zu haben, meist von der jeweiligen Organisation aus, die sich von ihm und seinen Verbindungen Vorteile erhofft.

Wie stellte sich dies in alles den neuen Bundesländern kurz nach der Neubegründung parlamentarischer Demokratie und in einer Phase tiefgreifender gesellschaftlicher Umstrukturierung dar? 1991/92 wurden die Abgeordneten gefragt: »In welchen Verbänden oder Interessengruppen sind Sie selbst Mit-

²⁴ Die Interviews zeigen, daß ostdeutsche Abgeordnete genau dies zu Beginn ihrer ersten Amtszeit nicht verstanden.

glied?« 160 Ost-Abgeordnete²⁵ machten 349 Angaben über Verbandsmitgliedschaften, 49 West-Abgeordnete²⁶ 96. Wiederum wurden die Angaben zunächst sehr detailliert codiert und sodann zu größeren Gruppen zusammengefaßt.²⁷ Erneut ist beim Ost/West-Vergleich zu berücksichtigen, daß sich zwei Effekte überlagern: die für Gesamtwestdeutschland atypische Struktur von vorpolitischem Raum und Interessengruppen im Westberliner Metropolangebiet, und der im Erhebungszeitraum erst rudimentäre Entwicklungsstand des Verbände- und Vereinswesens Ostdeutschlands.

Trotz der genannten Vergleichsprobleme erlaubt die Tabelle 5 klare Aussagen.²⁸ An der Spitze der Verbandsmitgliedschaften steht jene in wirtschaftlichen und beruflichen Interessengruppen; fast die Hälfte Nennungen ostdeutscher Parlamentarier entfällt auf sie. Den Löwenanteil unter den hier zusammengefaßten Nennungen macht die Mitgliedschaft in Gewerkschaften aus, die für sozialdemokratische Parlamentarier nachgerade eine Selbstverständlichkeit ist, unter Ost-Abgeordneten aber zunächst auf Vorbehalte stieß. Dennoch relativiert dies die Spitzenstellung. Ansonsten liegen ziemlich gleichauf Mitgliedschaften in sozialen und kulturellen Vereinigungen sowie in Vereinen des Freizeitbereichs. Hierin spiegelt sich die für den Abgeordnetenberuf typische Vernetzung mit dem vorpolitischen Raum in allen seinen Dimensionen. Dabei treten die in den Altbundesländern (und sogar im Westberliner Metropolangebiet) für die Wahlkreisarbeit als 'Anlaufstellen' so wichtigen Freizeitvereine bei den Ost-Abgeordneten allerdings noch an Bedeutung zurück. Die Interviews zeigen, daß die Abgeordneten der neuen Bundesländer zu Beginn ihrer Tätigkeit einfach noch nicht recht erkannten, daß die anscheinende 'zwecklose' Mitgliedschaft in Freizeitvereinen ganz wesentlich den Vorteil mit sich bringt, sich einen jederzeit nutzbaren Zugang zum vorpolitischen Raum zu sichern. Außerdem gab es 1991/92 solch Freizeitvereine auch noch weniger als schon knapp drei Jahre später.

Einmal mehr erlauben es die 1994 erhobenen Daten, Veränderungen in den persönlichen Verflechtungen zwischen Abgeordneten und Verbänden bzw. Vereinen nachzuzeichnen. Wiederum wurde anhand von Antwortvorgaben gefragt, die dem Kategorienschema zur quantitativen Inhaltsanalyse der frei formulierten Antworten von 1991/92 nachgebildet waren.

²⁵ CDU 51, SPD 53, FDP 10, B90/Gr 14, PDS 32.

²⁶ CDU 21, SPD 21, FDP 4, PDS 2.

²⁷ Dies erfolgte so: wirtschaftliche und berufliche Interessengruppen = Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Landwirtschaftsverbände, Wirtschaftsfördervereine, Berufsverbände; soziale Vereinigungen und Einrichtungen = soziale Vereinigungen, Elternverbände, Jugendverbände, freigemeinnützige Verbände, Frauenverbände; kulturelle Vereinigungen und Einrichtungen = Kulturverbände, Schul- und Bildungsverbände, wissenschaftliche Gesellschaften; Freizeitvereinigungen = Sportvereine, Heimatvereine, Feuerwehr, sonstige Freizeitvereine; politische Interessengruppen = Bürgerinitiativen, Naturschutzverbände, kommunalpolitische Vereinigungen; kirchliche Verbände.

²⁸ Die gerade hier mannigfachen parteispezifischen Besonderheiten können aus Platzgründen nicht erörtert werden.

Tabelle 5: Verbands- und Vereinsmitgliedschaften ostdeutscher Parlamentarier 1991/92.

Mitglied von ...	n (Ost)	% (Ost)	Mittel Ost	Mittel West	t-Test p
Art der Interessengruppe:					
- wirtsch./berufl.	76	47,5	0,67	0,69	n.s.
- soziale	40	25,0	0,34	0,20	n.s.
- kulturelle	35	21,9	0,28	0,18	n.s.
- Freizeit	30	18,7	0,23	0,29	n.s.
- politische	23	14,4	0,19	0,14	n.s.
- kirchliche	8	5,0	0,06	0,06	n.s.
- sonstige	32	20,0	0,22	0,22	n.s.
- 'viele'	4	2,5	0,03	0,06	n.s.
- keine	16	10,0	0,11	0,08	n.s.
Nennungen: *)	349		349	96	
Befragte:	160		160	49	

*) einschließlich Mehrfachnennungen

Legende:

Spalte *n (Ost)*: Anzahl der von den ostdeutschen Befragten vorgebrachten Nennungen pro Kategorie. Spalte *% (Ost)*: Prozentanteil der Nennungen aus Spalte 1 an der Anzahl der befragten ostdeutschen Parlamentarier. Spalte *Mittel Ost* bzw. *Mittel West*: arithmetisches Mittel der mit 1 bzw. 0 (Vorliegen bzw. Nicht-Vorliegen) codierten Nennungen der einzelnen Gruppen unter Einschluß von Mehrfachnennungen pro Gruppe. Spalte *t-Test*: Vergleich der Mittelwerte für Ost- und West-Abgeordnete.

Tabelle 6: Verbands- und Vereinsmitgliedschaften ostdeutscher Parlamentarier: 1991/92 und 1994 im Vergleich

Mitglied von ... (in % der Befragten)	Ost 1991/92	Ost 1994	West 1994	t-Test 1994
Art der Interessengruppe:				
- wirtsch./berufl.	47,5	51,7	76,3	0,00
- soziale	25,0	39,5	49,6	0,01
- kulturelle	21,9	29,5	41,6	0,00
- Freizeit	18,7	27,1	36,0	0,02
- politische	14,4	18,5	26,1	0,00
- kirchliche	5,0	20,4	19,8	n.s.
- sonstige	20,0	8,6	11,5	n.s.
- keine	10,0	11,3	4,6	0,01
Befragte:	160	208	608	

Durchweg geben die ostdeutschen Abgeordneten 1994 mehr Verbandsmitgliedschaften an, als es 1991/92 der Fall war. Dieser Zuwachs ist klar geringer als die in den Tabellen 2 und 4 kenntliche Zunahme bei den übernommenen Partei- und gesellschaftlichen Funktionen, und so gut wie überall gibt es noch signifikante Ost/West-Unterschiede. Dies weist klar auf den 'Kür-Charakter' der Vernetzungen mit Verbänden und Vereinen im Vergleich zum 'Pflicht-Charakter' bei jenen innerhalb der eigenen Partei und bei der Übernahme von sonstigen Funktionen hin. Daß sich trotz Methodenwechsels dieser sachlich gut begründbare Unterschied im Zuwachs übernommener Funktionen abbildet, erhärtet in plausibler Weise die These, daß die stets festzustellende Ausdifferenzierung weiterer gesellschaftlicher Vernetzungen durchaus kein Methodenartefakt, sondern die Abbildung eines tatsächlichen Wachstumsprozesses ist.

Im einzelnen zeichnet sich ein besonders starker Anstieg der vorgenommenen Vernetzungen ostdeutscher Parlamentarier bei den Interessengruppen im sozialen und gemeinnützigen Bereich sowie bei den Freizeitvereinigungen ab. Das deutet nicht nur darauf hin, daß die Abgeordneten deren politische Wichtigkeit besser erkannt haben und solcher Einsicht auch Taten folgen ließen. Sondern ebenso drückt sich hier die unübersehbare Wiederbelebung der ihre sozialen Angelegenheiten und ihr Freizeitleben wieder in die eigene Hand nehmenden *civil society* Ostdeutschlands aus. Insgesamt dokumentiert auch die Tabelle 6 eine ostdeutsche Entwicklung, welche die Form einer *Angleichung* an westdeutsche Muster aufweist. Einmal mehr zeigt sich dergestalt die einheitliche und auch unter verschiedenen Ausgangsbedingungen in gleicher Richtung prägende Funktionslogik eines in West- und Ostdeutschland gleich strukturierten politischen Systems.

IV. Die wichtigsten Rollenpartner der Abgeordneten

Persönliche Mitgliedschaften und gesellschaftliche Funktionen sind zwar wünschenswert und vorteilhaft, wenn es um die Vernetzung eines Abgeordneten in seinem Wahlkreis und insgesamt um die breite gesellschaftliche Verankerung eines Parlaments geht. Sie sind dafür aber nicht hinreichend. Viel wichtiger ist, daß die praktische Vernunft der am politischen Prozeß Beteiligten immer wieder zu Kontakten zwischen Parlamentariern und politischen und gesellschaftlichen Organisationen bzw. Institutionen verschiedenster Art führt. Beispielsweise treten diese an Parlamentarier heran, um ihren Anliegen politische Schubkraft zu verleihen, und Abgeordnete wollen sich oft deren Fachkompetenz zunutze machen, um einen Sachkundevorsprung der Regierung zu konterkarieren. Mit wem nun pflegen die ostdeutschen Abgeordneten Umgang, um ihre beruflichen Aufgaben erfüllen zu können? Wer sind in diesem Sinn ihre wichtigsten 'Rollenpartner'?²⁹

²⁹ Aus plausiblen Gründen gibt es hinsichtlich von Rollenpartnern besonders bemerk-

1. Rollenpartner bei der Parlamentsarbeit

Diese Frage wurde einesteils hinsichtlich der parlamentarischen Arbeit der Abgeordneten, andernteils bezüglich der Wahlkreisarbeit gestellt. Hinsichtlich der Parlamentsarbeit lautete sie: »Was sind die wichtigsten Personengruppen, Organisationen und Institutionen, mit denen Sie bei Ihrer *Parlamentsarbeit* zu tun haben?« 90 ostdeutsche Abgeordnete³⁰ brachten dabei 270 Nennungen, 22 westdeutsche Parlamentarier³¹ 48 Nennungen vor. Erneut wurden die detailliert codierten Angaben anschließend zu in Tabelle 7 dargestellten Gruppen zusammengefaßt³²

An der Spitze der Rollenpartner von ost- wie westdeutschen Abgeordneten im Bereich der Parlamentsarbeit stehen 'institutionelle Rollenpartner' aus jenen Handlungsfeldern, die es durch politische Arbeit zu bestellen gilt Behörden und Verwaltungen, karitative und soziale Einrichtungen, Bildungs- und sonstige kulturelle Einrichtungen, Institutionen aus dem kirchlichen und dem wirtschaftlichen Bereich. Daß sie von den Ost-Abgeordneten sogar noch häufiger genannt werden als von den West-Abgeordneten, verweist auf den viel größeren Handlungsbedarf, der 1991/92 in den neuen Bundesländern herrschte. Auch Verbände, die gleich an zweiter Stelle folgen, vermitteln Informationen und Wünsche hinsichtlich konkreten Handlungsbedarfs. Darum läßt sich feststellen, daß unter den Rollenpartnern für die Parlamentsarbeit bei den ostdeutschen Abgeordneten 1991/92 die Institutionen und Organisationen der Vermittlung *praktischer* Interessen dominierten. Die Verbände spielten dabei sogar eine wichtigere Rolle, als dies bei West-Abgeordneten der Fall ist. Dafür trat unter den Ost-Parlamentariern die eigene Partei als Rollenpartner der Parlamentsarbeit im Vergleich zu den West-Abgeordneten zurück.

Dies paßt gut zu vielen anderen Befunden sowohl aus der Befragungs- als auch aus der Interviewstudie von 1991/92. Ostdeutsche Abgeordnete hatten zumal zu Beginn ihrer Tätigkeit ein viel offeneres und weniger reserviertes Verhältnis zu Interessengruppen, als es die West-Abgeordneten bekunden, und umgekehrt offenbarten sie immer wieder eine losere Beziehung zur eigenen

kenswerte parteispezifische Besonderheiten, die sich im Rahmen dieses Beitrags allerdings nicht darstellen lassen.

³⁰ CDU 32, SPD 27, FDP 8, B90/Gr 6, PDS 17.

³¹ CDU 10, SPD 10, FDP 2.

³² Dies erfolgte so: institutionelle Rollenpartner auf konkreten Arbeitsgebieten ('Handlungsarenen') = Behörden und Verwaltungen, karitative und soziale Einrichtungen, Bildungseinrichtungen und kultureller Bereich, kirchlicher Bereich, wirtschaftlicher Bereich, einzelne Berufsgruppen; Verbände = Interessenverbände allgemein, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereine, Bürgerinitiativen, Freizeitvereine; parlamentarischer Bereich = Ausschüsse, Fraktion, Kollegen; Partei; Ministerien und Regierung; Bürger = Bürger allgemein, Wahlkreis allgemein, Randgruppen; persönliches Umfeld - persönliches Umfeld, Mitarbeiter; Medienbereich; Sachverständige = Sachverständige, Experten, Berater. Dieses Kategorienschema wurde den alltagstheoretischen Klassifikationen der Befragten nachgebildet.

Tabelle 7: Rollenpartner bei der Parlamentsarbeit 1991/92

Rollenpartner bei Parlamentsarbeit:	n (Ost)	% (Ost)	Mittel Ost	Mittel West	t-Test p
- inst. Rollenpartn.	35	38,8	0,77	0,46	n.s.
- Verbände	31	34,4	0,59	0,18	0,01
- parl. Bereich	28	31,1	0,48	0,32	n.s.
- Partei	20	22,2	0,27	0,41	n.s.
- Ministerien, Reg.	17	18,9	0,22	0,23	n.s.
- Bürger	13	14,4	0,26	0,09	n.s.
- pers. Umfeld	7	7,8	0,09	0,05	n.s.
- Medienbereich	4	4,4	0,04	0,00	n.s.
- Sachverständige	2	2,2	0,03	0,09	n.s.
- Sonstiges	13	14,4	0,16	0,23	n.s.
Nennungen: *)	270		270	48	
Befragte:	90		90	22	

*) einschließlich Mehrfachnennungen

Legende:

Spalte **n (Ost)**: Anzahl der von den ostdeutschen Befragten vorgebrachten Nennungen pro Kategorie. Spalte **% (Ost)**: Prozentanteil der Nennungen aus Spalte 1 an der Anzahl der befragten ostdeutschen Parlamentarier. Spalte **Mittel Ost** bzw. **Mittel West**: arithmetisches Mittel der mit 1 bzw. 0 (Vorliegen bzw. Nicht-Vorliegen) codierten Nennungen der einzelnen Gruppen unter Einschluß von Mehrfachnennungen pro Gruppe. Spalte **t-Test**: Vergleich der Mittelwerte für Ost- und West-Abgeordnete.

Partei, als dies bei den West-Parlamentariern der Fall ist Wahrscheinlich sind beide Befunde komplementär. Denn die Parteien waren im Erhebungszeitraum noch in einem tiefgreifenden Umbruchsprozeß begriffen bzw. standen vor der Aufgabe, sich institutionell erst einmal (neu) zu verfestigen. Unter diesen Umständen konnten sie den Ost-Abgeordneten schlechterdings nicht so nützliche Rollenpartner sein, wie dies für die West-Parlamentarier der Fall ist. Die Interessenverbände Ostdeutschlands waren zwar auch noch nicht vollständig etabliert. Doch es bauten vor allem die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, wie von einer einschlägigen sächsischen Untersuchung ausgehend wohl für alle neuen Bundesländer verallgemeinert werden kann, ihre Strukturen bereits seit dem Sommer 1990 zielgerichtet aus. Darum waren sie im Erhebungszeitraum schon durchaus ernstzunehmende und wichtige An-

¹¹ Siehe Algasinger, Karin: Die Entwicklung des sächsischen Verbändesystems und sein Stand heute. Arbeitspapier, Dresden 1995.

Sprechpartner für die Abgeordneten, die vielerlei leisteten, was in einem System mit gut etablierten Fachvereinigungen und spezialisierten Arbeitskreisen von Parteien auch die letzteren übernehmen können. Dann freilich braucht das positivere Verhältnis der ostdeutschen Parlamentarier zu Interessenverbänden nicht zu wundern. Natürlich war auch den Interessenverbänden sehr stark daran gelegen, gerade in einer Zeit weitreichender Grundentscheidungen ihre Anliegen durch intensives Zugehen auf die Parlamentarier zu befördern. Im übrigen zeigt die Interviewstudie, daß die Abgeordneten der neuen Bundesländer die dadurch gegebene Ambivalenz ihrer Kontakte mit Interessengruppen zunächst unterschätzten: Rat und Tat der letzteren sind meist mit Erwartungen verbunden, denen gerecht werden weder stets zu wollen noch immer zu können im Lauf der Zeit das Verhältnis abkühlt.

Stärker als unter den West-Parlamentariern fällt bei den Ost-Abgeordneten auch der parlamentarische Bereich (Ausschüsse, Fraktion), fallen nicht zuletzt Kollegen aus der eigenen Fraktion als Rollenpartner bei der Parlamentsarbeit ins Gewicht. Dies paßt gut zur schon mehrfach erwähnten 'Parlamentszentriertheit' der ostdeutschen Abgeordneten nach der Wiedervereinigung. Da sie aufgrund ihres gewaltigen gesetzgeberischen Pensums das Gros ihrer Arbeitszeit und Energie auf die Parlamentsarbeit verwenden mußten und vielerlei für West-Abgeordnete typische Vernetzungsaufgaben im Wahlkreis darum hintanzustellen hatten, wurde der Kollegenkreis natürlich zu einer relativ wichtigeren Bezugsgruppe. Die engere Vernetzung von West-Abgeordneten mit dem außerparlamentarischen Bereich dürfte sich hingegen im größeren Mittelwert bei der Rubrik 'Sonstiges' ausdrücken. So fügen sich auch diese Befunde in das Bild eines noch im Aufwachsen begriffenen, sein gesellschaftliches Wurzelwerk erst entwickelnden und primär um die gesetzgeberische Arbeit bemühten ostdeutschen Parlamentarismus.

Im wesentlichen analog dem Kategorienschema, das der quantitativen Inhaltsanalyse der Angaben von 1991/92 zugrunde lag, wurden die Abgeordneten auch 1994 nach den wichtigsten Rollenpartnern bei ihrer Parlamentsarbeit befragt. Dieses Mal sollen sie allerdings anhand fünfstufiger Einschätzungsskalen angeben, wie wichtig welche Personengruppe, Organisation oder Institution für ihre Parlamentsarbeit wäre. 1 bedeutete jeweils 'sehr wichtig', 5 'unwichtig'. Die Tabelle 8 stellt die erhaltenen Mittelwerte der Ost- bzw. West-Abgeordneten einander gegenüber:

Bei der Befragung von 1994 gab es kein genaues Äquivalent zur Rubrik 'institutionelle Rollenpartner auf konkreten Arbeitsgebieten (Handlungsarenen)', weil die Antwortvorgaben weniger den alltagstheoretischen Klassifikationen der Abgeordneten als vielmehr theoretischen Kategorien angepaßt wurden. Am nächsten kommen jener Rubrik die Antwortvorgaben 'Ämter, Behörden und Verwaltungen' sowie 'Kommunen und deren Vertreter'; ferner gibt es, teils enge, Überschneidungen mit den Rubriken zum Komplex 'Verbände'. Es lassen sich die in den Tabellen 7 und 8 zusammengestellten Ergebnisse also nur

Tabelle 8: Rollenpartner bei der Parlamentsarbeit 1994

	Ost		West	
	Mittel	(n)	Mittel	(n)
- Fraktion	1,3	(50)	1,5	(157)
- Partei: reg./komm. Ebene	1,7	(51)	1,9	(158)
- Kommunen und deren Vertreter	1,8	(51)	2,2	(153)
- Partei: Arbeitskreise	2,1	(51)	2,2	(156)
- Partei: Bundes-/Landesebene	2,1	(51)	2,3	(156)
- Sachverständige, Experten	2,1	(50)	2,2	(155)
- Verbände, Vereine, Interessengruppen insgesamt	2,1	(51)	2,2	(155)
* sozial-karitativer Bereich	2,1	(49)	2,3	(154)
* Gewerkschaften	2,3	(51)	2,3	(157)
* Wirtschaft / Handel	2,5	(50)	2,7	(155)
* Bürgerinitiativen	2,5	(50)	2,7	(153)
* Bildungsbereich	2,7	(49)	2,7	(154)
* Arbeitgeber	2,8	(51)	2,7	(157)
* landwirtschaftliche	3,1	(47)	3,2	(153)
* Freizeitbereich	3,1	(49)	3,4	(153)
* kirchliche	3,2	(49)	2,9	(156)
* europapolitische	3,6	(49)	3,3	(152)
- einzelne Bürger, Petenten	2,2	(51)	2,1	(156)
- Ministerien	2,2	(49)	2,2	(150)
- Regierung insgesamt	2,4	(49)	2,3	(155)
- wiss. Dienste im Parlament	2,4	(50)	2,6	(156)
- Ämter, Behörden, Verwaltung	2,5	(50)	2,5	(155)
- Pressejournalisten	2,8	(50)	2,7	(155)
- Hörfunkjournalisten	3,1	(50)	3,0	(154)
- Fernsehjournalisten	3,2	(50)	3,2	(154)

Legende:

Angaben sind die arithmetischen Mittel von Einstufungen auf Intensitätsskalen
1 = 'sehr wichtig', 5 = 'unwichtig'

bedingt vergleichen. Unternimmt man dies, so fallen trotzdem durchaus viele Ähnlichkeiten auf. In beiden Ergebnisübersichten steht der Bereich von Parlament und Partei an vorderer Stelle; Sachverstand, soweit von Verbänden zur Verfügung gestellt, findet sich am ähnlichen Rangplatz; und sofern man 'Institutionen auf praktischen Handlungsarenen' mit Kommunen und einigen Items im Bereich der Verbände analog setzt, weisen die beide Tabellen auch diesbezüglich viele Gemeinsamkeiten auf. Medien rangieren in beiden Fällen ganz am Ende, und der Bürger und das persönliche Umfeld sind jeweils zwar nicht vorrangig, doch auch nicht zu vernachlässigen.

Im übrigen sind die Mittelwertprofile von Ost- und West-Abgeordneten einander sehr ähnlich. Bei fünf von 25 Items sind die Mittelwerte sogar gleich; neunmal gibt es einen Mittelwertunterschied von nur einem Zehntel, siebenmal von zwei Zehnteln. Ins Auge springt der mit vier Zehnteln größte Mittelwertunterschied: Kommunen und deren Vertreter sind für ostdeutsche Abge-

ordnete viel wichtigere Rollenpartner bei der Parlamentsarbeit. Da die Mehrheit der befragten Parlamentarier aus Landtagsabgeordneten bestand, liegt der Grund sicher darin, daß in den neuen Bundesländern die in Landeskompetenz befindlichen drängenden Umgestaltungsaufgaben nur im engen Zusammenwirken zwischen Landesparlament und kommunaler Ebene zu bewältigen waren. Daß mit jeweils drei Zehnteln Mittelwertunterschied europapolitische und kirchliche Vereinigungen für ostdeutsche Abgeordnete als Rollenpartner bei der Parlamentsarbeit eine klar geringere Rolle spielen, geht recht klar darauf zurück, daß einesteils europapolitische Gruppierungen in den neuen Bundesländern noch weniger entwickelt sind und die Reichweite der EU-Politik für die Landesebene vielfach nicht angemessen erkannt wurde, bzw. daß andernteils die Kirchen im weitgehend entchristlichten Ostdeutschland eine viel geringere Rolle spielen als im Westen.³⁴ Alles in allem zeichnen sich wiederum Angleichungsprozesse ab: auch in seinen nicht unmittelbar staatlich gestalteten Strukturen wird das politische System Ostdeutschlands dem der Alt-bundesländer immer ähnlicher.

2. Rollenpartner bei der Wahlkreisarbeit

Bei der Parlamentsarbeit geht es um Mehrheitsbeschaffung und Kompromißfindung zum Zweck sowohl der Gesetzgebung als auch der kontrollierenden Unterstützung bzw. Kritik der Regierung. Die dafür hilfreichen Rollenpartner sind vor allem solche, welche Probleme rasch erkennen lassen und den für ihre Lösung nötigen Sachverstand verfügbar machen. Bei der Wahlkreisarbeit geht es einem Abgeordneten hingegen einerseits um Vernetzung und Präsenz. Doch von ihm wird andererseits auch erwartet, daß er sich - nicht zuletzt in seiner Rolle als regionaler Parteiführer - um die Lösung örtlicher Probleme bemüht. Das hierfür hilfreiche Kontaktnetz sollte darum durchaus anders gewebt sein als jenes der wichtigsten Rollenpartner speziell für die Parlamentsarbeit. 1991/92 war freilich die ostdeutsche Gesellschaft noch zu sehr im Umbruchsprozeß, als daß sie schon verlässliche Vernetzungsstrukturen hätte anbieten können, und zu sehr waren die Abgeordneten von ihren parlamentarischen Pflichten in Anspruch genommen, als daß ihnen im Wahlkreis engagierte Vernetzungstätigkeiten möglich waren. Ausweislich der Interviewstudie gab es außerdem in der *Wahrnehmung* der Abgeordneten damals keinen allzu großen Unterschied zwischen den beiden Netzwerken.

³⁴ Erstaunlicher ist die größere Bedeutung, welche die Ost-Abgeordneten den Vereinen des Freizeitbereiches zuschreiben. Die Erklärung mag darin zu finden sein, daß diese, im Lauf der ersten Wahlperiode stark aufgeblüht, besonders wichtige nicht-politische Vernetzungsstrukturen hin zur vielfältig sich selbst neu organisierenden Gesellschaft wurden und nun Einblick in eine Vielzahl politischer Rahmensetzung und Unterstützung bedürftiger Detailprobleme vor Ort geben.

Wie sah nun unter diesen Umständen das Gefüge der wichtigsten Rollenpartner für die Wahlkreisarbeit aus? Um es ausfindig zu machen, wurde 1991/92 die folgende Frage gestellt »Was sind die wichtigsten Personengruppen, Organisationen und Institutionen, mit denen Sie bei Ihrer Wahlkreisarbeit zu tun haben?« 87 Ost-Abgeordnete³⁵ erwähnten 266 wichtige Rollenpartner für die Wahlkreisarbeit, 24 West-Abgeordnete³⁶ 60. Analog zum Vorgehen bei der Untersuchung der Rollenpartner bei der Parlamentsarbeit wurden die Angaben detailliert vercodet und anschließend zu den in Tabelle 9 wiedergegebenen Kategorien zusammengefaßt³⁷

An der Spitze wichtiger Rollenpartner stehen sowohl bei der Wahlkreis- als auch bei der Parlamentsarbeit institutionelle Akteure aus den politischer Gestaltung aufgegebenen Handlungsarenen, also Behörden und Verwaltungen, karitative, kulturelle oder soziale Einrichtungen. Sie sind bei der Wahlkreisarbeit freilich noch wichtiger als bei der Parlamentsarbeit. An zweiter Stelle kommen Verbände/Vereine sowie die eigene Partei. Beide stellen in der Tat - jenseits von staatlichen oder rein gesellschaftlichen Institutionen - das zentrale Netzwerk zwischen Parlamentariern und Bürgerschaft dar. Dieser Befund aus den neuen Bundesländern ist um so bedeutsamer, als im Erhebungszeitraum weder das Verbands- und Vereinswesen noch die Parteistrukturen Ostdeutschlands in einem guten Zustand waren. Doch schlechterdings waren Verbände und Vereine, wie rudimentär auch immer entwickelt, zusammen mit Institutionen aus politischer Gestaltung bedürftigen Handlungsarenen die ersten wenigstens halbwegs stabilen intermediären Organisationen in der ihres angestammten strukturellen Überbaus beraubten ostdeutschen Gesellschaft. Eben darum wurden sie für die Abgeordneten rasch ganz unverzichtbare Rollenpartner, überdies sie, von den Altbundesländern unterstützt, ziemlich schnell den Parlamentariern mit Informationen und Anregungen unter die Arme greifen konnten.³⁸ Und die Parteien waren 1991/92 zwar in einem recht desolaten Zustand: schwindende, bestenfalls stagnierende Mitgliedszahlen, zusammenbrechende Ortsvereine Rückzug aus politischer Partizipationsbereitschaft kennzeichneten sie. Doch

³⁵ CDU 32, SPD 24, FDP 7, B90/Gr 7 PDS 17.

³⁶ CDU 10, SPD 9, FDP 3, PDS 2.

³⁷ Einmal mehr ist bei auf Ost/West-Vergleiche abzielenden Interpretationen zu bedenken, daß der für die Wahlkreisarbeit so wichtige vorpolitische Raum in einer Großstadt ganz anders ausgeprägt ist als in ländlichen und klein- bis mittel städtischen Gebieten, wie sie in den neuen Bundesländern vielfach typisch sind. Darum überlagern sich in den Angaben der West-Abgeordneten wiederum zwei Effekte: der im Erhebungszeitraum noch unzulängliche Aufbau der Strukturen des vorpolitischen Raumes in Ostdeutschland, und die Besonderheiten des Westberliner Metropolangebiets.

³⁸ In diesem Zusammenhang gewinnen neokorporatistische Interpretationen der Rolle von Verbänden weiteren Kredit. Denn offenbar spielten Verbände und Vereine in dieser Phase weniger als Impulsgeber im pluralistischen Wettbewerb denn vielmehr als Verhandlungspartner im mühsamen Prozeß der Politikgestaltung sowie als Netzwerke vom politischen System hin zur Gesellschaft eine große Rolle.

Tabelle 9: Rollenpartner bei der Wahlkreisarbeit 1991/92

Rollenpartner bei Wahlkreisarbeit:	n (Ost)	% (Ost)	Mittel Ost	Mittel West	t-Test p
- inst. Rollenpartn.	53	60,9	1,07	0,92	n.s.
- Verbände/Vereine	39	44,8	0,83	0,42	0,05
- Partei	36	41,4	0,64	0,54	n.s.
- Bürger	16	18,4	0,21	0,25	n.s.
- pers. Umfeld	5	5,7	0,06	0,04	n.s.
- Ministerien, Reg.	2	2,3	0,02	0,08	n.s.
- Medien	0	0,0	0,00	0,00	n.s.
- Sonstiges	12	13,8	0,14	0,13	n.s.
Nennungen: *)	266		266	60	
Befragte:	87		87	24	

*) einschließlich Mehrfachnennungen

Legende:

Spalte *n (Ost)*: Anzahl der von den ostdeutschen Befragten vorgebrachten Nennungen pro Kategorie. Spalte *% (Ost)*: Prozentanteil der Nennungen aus Spalte 1 an der Anzahl der befragten ostdeutschen Parlamentarier. Spalte *Mittel Ost* bzw. *Mittel West*: arithmetisches Mittel der mit 1 bzw. 0 (Vorliegen bzw. Nicht-Vorliegen) codierten Nennungen der einzelnen Gruppen unter Einschluß von Mehrfachnennungen pro Gruppe. Spalte *t-Test*: Vergleich der Mittelwerte für Ost- und West-Abgeordnete.

selbst in diesem schlechten Zustand war die eigene Partei ein noch wesentlich wichtigerer Rollenpartner als 'die Bürger', auf deren politische Initiativ- und Handlungskraft damals so mancher leere Hoffnungen setzte. Die gesellschaftliche Verankerung von Parlamenten erweist sich dergestalt als eine im wesentlichen institutionelle und organisatorische, die durch persönliche Vernetzungsinitiativen zwar gefördert wird, doch ohne die dauerhaft zu erwartende Kommunikationsleistung von Organisationen keinesfalls gelingen kann. Folglich rangieren Organisationen, wie schwach auch immer entwickelt, an Wichtigkeit und Bedeutung als Rollenpartner stets vorne.

Die in Tabelle 10 zusammengestellten Daten von 1994 erlaubten die Überprüfung der Befunde aus 1991/92 sowie einen Blick auf die seitherige Entwicklung. Die Antwortvorgaben entsprachen denen bei der Untersuchung von Rollenpartnern bei der Parlamentsarbeit

Vergleicht man in den Tabellen 9 und 10 die ostdeutschen Befunde für 1991/92 und 1994, so ist erneut viel Ähnlichkeit bei wenigen bemerkenswerten Verschiebungen zu entdecken. Weil die Kategorie 'institutionelle Rollenpartner

Tabelle 10: Rollenpartner bei der Wahlkreisarbeit 1994

	Ost		West	
	Mittel	(n)	Mittel	(n)
- Fraktion	1,9	(41)	1,8	(131)
- Partei: reg./komm. Ebene	2,0	(43)	1,9	(135)
- Kommunen und deren Vertreter	2,1	(43)	2,1	(135)
- Verbände, Vereine, Interessengruppen insgesamt	2,3	(45)	2,1	(135)
* Bürgerinitiativen	2,5	(42)	3,0	(135)
* Wirtschaft / Handel	2,6	42	2,7	136
* sozial-karitativer Bereich	2,6	(41)	2,5	(135)
* Gewerkschaften	2,7	(42)	2,7	(136)
* Bildungsbereich	2,8	(40)	2,9	(137)
* Arbeitgeber	3,1	(42)	2,8	(136)
* Freizeitbereich	3,2	(39)	3,4	(135)
* kirchliche	3,5	(40)	3,1	(135)
* landwirtschaftliche	4,0	(40)	3,4	(134)
* europapolitische	4,2	(38)	4,0	(132)
- Partei: Arbeitskreise	2,3	(40)	2,3	(133)
- einzelne Bürger, Petenten	2,4	(43)	2,3	(137)
- Sachverständige, Experten	2,4	(41)	2,5	(136)
- Partei: Bundes-/Landesebene	2,5	(43)	2,3	(135)
- Ämter, Behörden, Verwaltung	2,6	(43)	2,2	(133)
- Ministerien	2,8	(41)	2,3	(132)
- wiss. Dienste im Parlament	2,8	(40)	2,7	(135)
- Regierung insgesamt	2,9	(41)	2,3	(132)
- Pressejournalisten	2,9	(42)	2,8	(137)
- Hörfunkjournalisten	3,4	(41)	3,3	(134)
- Fernsehjournalisten	3,6	(41)	3,5	(133)

Legende:

Angaben sind die arithmetischen Mittel von Einstufungen auf Intensitätsskalen
1 = 'sehr wichtig', 5 = 'unwichtig'

auf praktischen Handlungsfeldern' aus Tabelle 9 hier vor allem in den Rubriken 'Kommunen' sowie 'Ämter und Behörden' impliziert ist, findet sich ihr 1991/92 hoher Stellenwert auch 1994 ausgedrückt. Ansonsten sind Verbände und die Partei nach wie vor, gemeinsam mit Kommunen, die wichtigsten Rollenpartner. Sie haben allerdings die Plätze getauscht, was mit der Effektivierung von Parteistrukturen und der besseren Verankerung der Abgeordneten in ihren Parteien zu tun haben wird.³⁹ Bürger einerseits, Ministerien und Ver-

³⁹ Erstaunlicherweise steht 1994 jeweils die Fraktion als wichtigster Rollenpartner selbst für die Wahlkreisarbeit an der Spitze. Dies mag dahingehend zu deuten sein, daß Wesentliches für den eigenen Wahlkreis und die dort vertretenen Anliegen sich wohl nur dann bewegen läßt, wenn der Abgeordnete auf die Unterstützung seiner Kollegen zählen kann. Im übrigen sind in den neuen Bundesländern mehr noch als in Westdeutschland die Landtagsfraktionen der aktive Kern einer Partei. Falls dies aber zutrifft, wird die übliche Fraktionsolidarität noch verständlicher: nicht nur für die parlamentarische Willensbildung und die politische Frontstellung im Plenum des Par-

waltung andererseits halten ihren relativen Rangplatz gewahrt, und dasselbe gilt für die Medien. Mit Ausnahme des Stellungswechsels von Verbänden und Parteien ist das Bild im wesentlichen also gleich geblieben.

Doch deutlich sind in der Tabelle 10 größere Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Abgeordneten zu erkennen, als es im Bereich der Parlamentsarbeit der Fall war. Nur in drei Fällen gab es keinen Mittelwertunterschied, in elf Fällen von nur einem Zehntel, in vieren von zwei Zehnteln und einmal - bei der in Ostdeutschland geringeren Bedeutung von Arbeitgebervereinigungen - von drei Zehnteln. Besonders groß - ausgedrückt in Mittelwertunterschieden von vier, fünf und sechs Zehnteln - sind die Unterschiede zunächst bei der Wichtigkeit weiterer Interessengruppen als Rollenpartner: landwirtschaftliche und kirchliche Vereinigungen spielen in den neuen Bundesländern eine geringere Rolle. Für die kirchlichen Gruppen erklärt sich dies aus ihrem geringeren gesellschaftlichen Stellenwert, für die landwirtschaftlichen Interessengruppen wohl daraus, daß die meist in normale Agrargenossenschaften umgewandelten LPGs nach einer relativen kurzen Anpassungskrise zu oft recht leistungstüchtigen landwirtschaftlichen Großbetrieben wurden, was die Landwirtschaft nicht im selben Umfang wie in Westdeutschland zum Sorgenkind der Wahlkreisarbeit im ländlichen Raum macht.

Sehr groß sind die Mittelwertunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Rolle von Ämtern und Behörden, Ministerien und der Regierung insgesamt, was alles für die Wahlkreisarbeit in den neuen Bundesländern weniger wichtig ist als in Westdeutschland. Ursache wird sein, daß angesichts sehr vieler noch ungelöster zentraler Probleme diese staatlichen Institutionen von den Abgeordneten noch nicht im selben Umfang wie in den Altbundesländern damit befaßt werden können, infrastrukturelle Detailverbesserungen im Wahlkreis herbeizuführen. Außerdem sind in den neuen Bundesländern die - im Datenmaterial quantitativ dominierenden - Landesparlamentarier noch vorrangig mit Gesetzgebungsarbeit befaßt, während *case work* und Tätigkeit als *Ombudsmann*, so charakteristisch für westdeutsche Wahlkreisarbeit, noch eine viel geringere Rolle spielen. Eben diese Tätigkeiten bringen einen Abgeordneten aber auch im Rahmen der *Wahlkreisarbeit* in einen engen Kontakt mit dem Bereich der Exekutive. Anders formuliert in diesem Unterschied spiegelt sich einmal mehr, daß Ostdeutschlands Abgeordnete in viel stärkerem Maße noch *Parlamentarier* sind und bei ihnen der Wähler- und Wahlkreisservice noch lange nicht das in Westdeutschland oft zu beobachtenden hypertrophe Ausmaß angenommen hat. Bemerkenswert ist ebenfalls der Mittelwertunterschied bei der Rolle von Bürgerinitiativen: in Ostdeutschland sind sie klar wichtiger als in den Altbundesländern, und zwar einesteils, weil die mit ihnen potentiell konkurrierenden sonstigen Interessengruppen und Par-

laments ist dann Mannschaftsgeist unverzichtbar, sondern bereits hinsichtlich der eigenen Wahlkreisarbeit handelt sich Nachteile ein, wer die Toleranz und Solidaritätserwartung seiner Kollegen überstrapaziert.

teien noch weniger gut entwickelt sind andernteils aber, weil die Abgeordneten deren punktuelle Veto-Macht noch nicht im westdeutschen Ausmaß erfuhren. Angleichungsprozesse zwischen Ost- und Westdeutschland sind also auch hier zu diagnostizieren. Sie verlaufen im Bereich der Wahlkreisarbeit und der Wahlkreisvernetzung allerdings deutlich langsamer als in jenem der Parlamentsarbeit und der ihr dienenden Kommunikationsnetze. Bei der letzteren wirkt nämlich die Funktionslogik des neu errichteten Systems *unmittelbar* vereinheitlichend, während bei der Wahlkreisarbeit eine Vielzahl *weiterer* Faktoren ins Spiel kommt, die ihrerseits kaum auf die Funktionslogik bloß *politischer* Strukturen reagieren. Bei der Parlamentsarbeit wird kollektives Lernen im übrigen geradezu erzwungen, während die Wahlkreisarbeit recht individuell ausgestaltet werden kann und unter viel geringerem 'Kontrolldruck' steht. Die Folge: ähnlicher Parlamentarismus entsteht rasch; ein ähnliches parlamentarisches Vernetzungssystem braucht aber längere Zeit

3. Die wichtigsten Quellen politischer Impulse

Der Grundgedanke eines Repräsentativsystems besteht darin, daß innerhalb der - in der Staatsbildung kulminierenden - politischen Arbeitsteilung vom politischen System nicht nur Führung verlangt, sondern auch Responsivität eingefordert und üblicherweise auch praktiziert wird. Auf welchen Kanälen erreichen Impulse für politisches Handeln nun aber das politische System? Von wem gehen sie aus? Um dies herauszufinden, wurde den Abgeordneten 1991/92 bei der schriftlichen Erhebung folgende Frage gestellt »Wenn es darum geht politische Probleme anzupacken oder bestimmte Möglichkeiten ihrer Lösung in Betracht zu ziehen: Von wem kommen dafür die wichtigsten Impulse?« 178 Ost-Abgeordnete⁴⁰ machten 453 Angaben zu solchen Impulsquellen, 48 West-Abgeordnete 120.⁴¹ Wie üblich, wurden die zunächst detailliert codierten Angaben zu jenen größeren Gruppen zusammengefaßt welche die Tabelle 11 wiedergibt.⁴²

An der Spitze der Impulsquellen für die persönliche politische Arbeit stehen unter Ost- wie West-Abgeordneten Kontakte im Wahlkreis. Unter diesen Nen-

⁴⁰ CDU 65, SPD 53, FDP 13, B90/Gr 13, PDS 34.

⁴¹ CDU 20, SPD 20, FDP 5, B90/Gr 1, PDS 2.

⁴² Im einzelnen: Wahlkreiskontakte = Wahlkreis allgemein, Bürgerkontakte, Ortstermine, Bürger, Petenten und Einzelgespräche, Versammlungen und Diskussionen; Partei; parlamentarischer Bereich = Fraktion, Kollegen, Ausschüsse, Opposition; Interessengruppen = Verbände und Vereine allgemein: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Bürgerinitiativen, Freizeitvereine; institutionelle Rollenpartner auf konkreten Arbeitsgebieten ('Handlungsarenen'): Behörden und Ämter im Wahlkreis, kommunalpolitischer Bereich, Bildungseinrichtungen und kultureller Bereich, karitative und soziale Einrichtungen bzw. Verbände, kirchlicher Bereich; Abgeordneter selbst; persönliches Umfeld; Sachverständige = Sachverständige, Experten, Berater; Medien; Ministerien und Regierung; Verwaltung allgemein; Literatur aller Art; öffentliche Meinung.

Tabelle 11: Die wichtigsten politischen Impulsquellen ostdeutscher Parlamentarier 1992/92

wichtigste Impulsquellen	n (Ost)	% (Ost)	Mittel Ost	Mittel West	t-Test p
- Wahlkreiskontakte	68	38,2	0,42	0,40	n.s.
- Partei	58	32,6	0,37	0,42	n.s.
- parl. Bereich	45	25,3	0,27	0,25	n.s.
- Interessengruppen	37	20,8	0,33	0,25	n.s.
- inst. Rollenpartn.	32	18,0	0,23	0,21	n.s.
- Abg. selbst	22	12,4	0,13	0,17	n.s.
- pers. Umfeld	21	11,8	0,15	0,06	0,08
- Sachverständige	17	9,6	0,11	0,23	n.s.
- Medien	15	8,4	0,12	0,10	n.s.
- Ministerien, Reg.	7	3,9	0,05	0,02	n.s.
- Verwaltung	6	3,6	0,04	0,08	n.s.
- Literatur	6	3,4	0,04	0,02	n.s.
- öffentl. Meinung	1	0,6	0,01	0,00	n.s.
- Sonstiges	19	10,7	0,11	0,13	n.s.
Nennungen:*)	453		453	120	
Befragte:	178		178	48	

*) einschließlich Mehrfachnennungen

Legende:

Spalte *n (Ost)*: Anzahl der von den ostdeutschen Befragten vorgebrachten Nennungen pro Kategorie. Spalte *% (Ost)*: Prozentanteil der Nennungen aus Spalte 1 an der Anzahl der befragten ostdeutschen Parlamentarier. Spalte *Mittel Ost* bzw. *Mittel West*: arithmetisches Mittel der mit 1 bzw. 0 (Vorliegen bzw. Nicht-Vorliegen) codierten Nennungen der einzelnen Gruppen unter Einschluß von Mehrfachnennungen pro Gruppe. Spalte *t-Test*: Vergleich der Mittelwerte für Ost- und West-Abgeordnete.

nungen finden sich - genannt von 52 Befragten - in großer Anzahl auch Bezugnahmen auf Gespräche mit Bürgern. Die Wahlkreisarbeit hat also politische Bedeutung, und zwar keineswegs allein für das Ziel der Renominierung und Wiederwahl. Vielmehr empfängt in ihrem Rahmen der Abgeordnete vielfältige Anregungen und Anstöße für sein politisches Handeln. Daß diese Impulsquelle trotz der im Erhebungszeitraum noch mangelhaften gesellschaftlichen Vernetzung der Parlamente und der faktischen Hintansetzung der Wahlkreisarbeit durch die ostdeutschen Parlamentarier so wichtig war, belegt auf das deutlichste den gewaltigen Problemdruck, unter dem die erste Generation frei gewählter ostdeutscher Abgeordneter arbeiten mußte. Daß der Wahlkreis und seine Problemlage eine sehr wichtige Impulsquelle politischen Handelns ist, wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß die auf Rang 5 stehenden 'institutionellen Rollenpartner' (Behörden und Ämter, kommunalpolitischer Bereich; kulturelle, karitative und soziale Einrichtungen) überwiegend ebenfalls im

Wahlkreis verankert sind und die Abgeordneten mit den dort anliegenden Schwierigkeiten konfrontieren. Von einer Abgehobenheit der Parlamentarier von den Problemen vor Ort kann also selbst im Fall der auf ihre Parlamentsarbeit konzentrierten ostdeutschen Abgeordneten der ersten Wahlperiode schwerlich die Rede sein. Auch aus den Interviews ging dies zweifelsfrei hervor.

Wichtige Impulsquellen speziell für die politische Arbeit sind verständlicherweise auch die Parteien der Abgeordneten, die von ihnen ganz wesentlich mitgeprägten parlamentarischen Handlungsarenen sowie Interessengruppen. Selbst hier erweisen sich die letzteren für ostdeutsche Parlamentarier als etwas wichtiger denn für ihre Westkollegen. Die in den neuen Bundesländern damals noch schwach entwickelten Parteien wurden hingegen etwas weniger oft erwähnt. Ins Bild paßt auch, daß den Ost-Abgeordneten ihr persönliches Umfeld als Impulsquelle signifikant wichtiger ist als den West-Abgeordneten. Dieser Unterschied wird nämlich als einer der *relativen* Wichtigkeit zu deuten sein: noch geringer entwickelte *Vernetzungsstrukturen* machen das *persönliche* Handlungsumfeld wichtiger, als es bei voll entfalteteten intermediären Strukturen der Fall ist. Fern davon, eine besonders 'innige' Beziehung zum Wahlkreis anzuzeigen, kündigt dieser Befund somit von einem noch nicht professionell ausgebauten Netzwerk.

Die insgesamt durchaus nicht allzu großen Unterschiede zwischen den Angaben der Ost- und Westabgeordneten weisen auch hier darauf hin, daß in Ostdeutschland und Westberlin eine sehr ähnliche Funktionslogik kommunikativer Vernetzung und politischer Willensbildung prägend wirkte. Sie zeigt sich ebenfalls in den Befunden aus dem Frühjahr 1994. Erneut wurden die Kategorien der quantitativen Inhaltsanalyse von 1991/92 im großen und ganzen zur Grundlage eines Schemas von Antwortvorgaben gemacht die anhand einer fünfstufigen Skala zu beurteilen waren. 1 bedeutete jeweils 'sehr wichtig', 5 'unwichtig'. Die Tabelle 12 stellt die Mittelwerte zusammen:

Einmal mehr beeindruckt die große Ähnlichkeit in den Mittelwerten der ost- und westdeutschen Abgeordneten: nur selten kommt es zu größeren Abweichungen bei der Wichtigkeitszumessung. Für acht der vierzig aufgelisteten Items findet sich gar keinen Mittelwertunterschied, fünfzehnmal von nur einem Zehntel, elfmal von zwei Zehnteln. Dem stehen ganze vier Abweichungen von drei Zehnteln und nur zwei von vier Zehnteln gegenüber. Diese Unterschiede konzentrieren sich vor allem auf die Interessengruppen aus dem Bereich von Wirtschaft, Handel und Landwirtschaft, die allesamt für ostdeutsche Abgeordnete eine wichtigere Quelle politischer Impulse sind. Unverkennbar spiegelt sich hierin die ökonomische Transformationskrise der neuen Bundesländer. Klar wichtigere Impulsquellen für Ost-Parlamentarier sind ferner die Bundes- und Landesebene ihrer Parteien sowie ihre Mitarbeiter. Beides verweist auf Defizite in den üblicherweise verfügbaren weiteren Informations- und Interaktionsnetzen der Abgeordneten: unter westdeutschen Bedingungen relativiert

Tabelle 12: Die politischen Impulsquellen ost- und westdeutscher Parlamentarier 1994

	Ost		West	
	Mit- tel	(n)	Mit- tel	(n)
- Fraktion	1,8	(50)	1,9	(142)
- Sachverständige, Experten	2,3	(51)	2,2	(137)
- Kollegen	2,3	(51)	2,5	(138)
- Kommunen und deren Vertreter	2,3	(50)	2,5	(139)
- Partei: Bundes-/Landesebene	2,3	(51)	2,6	(140)
- Partei: Arbeitskreise	2,4	(51)	2,4	(139)
- Mitarbeiter	2,4	(51)	2,7	(137)
- Partei: reg./komm. Ebene	2,5	(51)	2,5	(139)
- Verbände, Vereine,				
Interessengruppen insgesamt	2,6	(52)	2,5	(141)
* sozial-karitativer Bereich	2,6	(50)	2,4	(137)
* Wirtschaft / Handel	2,8	(51)	3,2	(136)
* Bildungsbereich	2,9	(51)	2,7	(135)
* Bürgerinitiativen	3,0	(52)	3,0	(140)
* Gewerkschaften	3,0	(51)	2,9	(139)
* Arbeitgeber	3,1	(51)	3,0	(139)
* landwirtschaftliche	3,3	(50)	3,6	(138)
* Freizeitbereich	3,5	(51)	3,6	(132)
* kirchliche	3,3	(50)	3,2	(136)
* europapolitische	4,0	(50)	4,1	(134)
- Ministerien	2,6	(51)	2,8	(132)
- Regierung insgesamt	2,7	(51)	2,7	(140)
- wissenschaftl. Publikationen	2,7	(50)	3,0	(137)
- einzelne Bürger, Petenten	2,8	(51)	2,9	(136)
- Fachzeitschriften	2,8	(50)	3,0	(137)
- Parteipublikationen	2,8	(50)	2,9	(137)
- Publikationen v. Verbänden	2,9	(50)	3,1	(135)
- Ämter, Behörden, Verwaltung	3,0	(51)	3,0	(139)
- Briefe von Bürgergruppen	3,0	(51)	2,9	(141)
- Briefe von Einzelpersonen	3,0	(51)	3,0	(137)
- wiss. Dienste im Parlament	3,0	(51)	3,2	(137)
- überreg. Tageszeitungen	3,2	(50)	3,2	(136)
- Regional- u. Lokalzeitungen	3,2	(50)	2,8	(136)
- Fernsehsendungen	3,4	(50)	3,3	(137)
- Wochenzeitungen	3,5	(50)	3,4	(137)
- Magazine wie SPIEGEL	3,5	(50)	3,4	(137)
- Hörfunksendungen	3,6	(49)	3,4	(137)
- Pressejournalisten	3,6	(50)	3,5	(139)
- Fernsehjournalisten	3,9	(50)	3,9	(139)
- Hörfunkjournalisten	4,0	(50)	3,8	(137)
- vielfältigste Briefe	4,0	(50)	4,2	(137)

Legende:

Angaben sind die arithmetischen Mittel von Einstufungen auf Intensitätsskalen

1 = 'sehr wichtig', 5 = 'unwichtig'

eine funktionstüchtige Kreisebene der Parteien die Impulse, die von der Landes- und Bundesführung ausgehen, und intensive persönliche Vernetzungen mit Organisationen und Institutionen auf den bearbeiteten Politikfeldern mindern meist die Rolle von Mitarbeitern als Quelle politischer Impulse.

In der klar geringeren Bedeutung von Regional- und Lokalzeitungen als Impulsgeber spiegelt sich hingegen die starke parlamentarische Akzentsetzung der ostdeutschen Abgeordneten. Während ein West-Parlamentarier, bei dem die Wahlkreisarbeit im Durchschnitt einen größeren Stellenwert besitzt als für einen Ost-Abgeordneten, der täglichen intensiven Auswertung der Wahlkreiszeitungen unmittelbare Informationen über rein persönlichen Handlungsbedarf entnimmt,⁴³ wird die Aufmerksamkeit und Arbeitskraft der ostdeutschen Volksvertreter noch viel stärker von jenen Agenden in Anspruch genommen, die auf der Ebene parlamentarischer Entscheidungsfindung mit der administrativen, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation der neuen Bundesländer zu tun haben.⁴⁴

Dergestalt gehen die relativ wenigen Abweichungen klar auf Unterschiede im Entwicklungsstand der politischen Systeme Ost- und Westdeutschlands zurück. Die das Bild beherrschende Ähnlichkeit wird aber wohl einmal mehr verursacht durch die einheitliche, angleichend wirkende Funktionslogik des gemeinsamen politischen Systems. Sie führte dazu, daß an der Spitze der Nennungen sowohl ost- als auch westdeutscher Parlamentarier eine der Natur der Sache angemessene Trias steht. Sie umfaßt zunächst Fraktion (Fraktionskollegen, Ausschüsse) und eigene Partei (auf ihren verschiedenen Ebenen), also einen Gesamtkomplex, der vom Abgeordneten über seine Parteifunktionen in sich integriert wird. Zweitens gehört zu ihr der kommunale Bereich, der Institutionen aus vielerlei praktischen Handlungsfeldern umgreift und wohl ganz wesentlich über Wahlkreiskontakte des Abgeordneten zur wichtigen Impulsquelle wird. Drittens zählen zu ihr Sachverständige, auf deren Expertise und Kompetenz ein Abgeordneter für Sacharbeit angewiesen ist. Analoges gilt für Mitarbeiter. Solche vereinheitlichende Funktionslogik des neuen Systems tat ihre Wirkung schon sehr früh, denn durchaus paßt dieses Profil von Impulsquellen zu jenem, das bereits die quantitative Inhaltsanalyse der frei formulierten Angaben aus dem Jahr 1991/92 zutage förderte; nur die Einschätzung der Rolle von Sachverständigen und Experten fällt unterschiedlich aus. Die differenzierte Erhebung von 1994 bestätigt also im wesentlichen die Ergebnisse von 1991/92. Dies zeigt daß sich nach den weichenstellenden Neugründungen von ostdeutschen politischen Institutionen im Jahr 1990 Änderungen vor allem bei der Effektivierung jener Institutionen ergaben und bei der Ausdifferenzierung sowie im Wirkungsgrad der intermediären, das neue System mit

⁴³ Vgl. entsprechende Interviewaussagen von Abgeordneten in Patzelt, Abgeordnete und ihr Beruf, a.a.O., S. 209-211.

⁴⁴ Außerdem führte eine DDR-Sozialisation in der Regel durchaus nicht dazu, Lokal- und Regionalzeitungen als ernstzunehmende Informationsquelle zu behandeln.

der Gesellschaft vernetzenden Strukturen, daß aber die grundlegende Weise gleich blieb, in der das neue System nun einmal funktioniert.

V. Zusammenfassung

Insgesamt gibt es allerdings immer noch genügend Ost/West-Unterschiede. Sie gehen allesamt auf die so ganz anderen Ausgangsbedingungen der ostdeutschen Demokratie zurück. Die dortigen *Parteistrukturen* befanden sich 1991/92 in einer schweren Anpassungs- bzw. Aufbaukrise, die bis heute nicht überwunden ist. Darum sind die Leistungen der Parteien für ihre Abgeordneten in den neuen Bundesländern schwächer als in den Altbundesländern, und überdies waren die Abgeordneten 1991/92, nicht zuletzt aufgrund normativer Vorbehalte, in ihren Parteien weniger präsent, als dies in Westdeutschland üblich und inzwischen auch im Osten der Fall ist.

Der *vorpolitische Raum*, so wichtig für die gesellschaftliche Verankerung parlamentarischer Demokratie, war 1991/92 in Ostdeutschland sowohl aufgrund der Folgen des DDR-Systems als auch wegen der krisenhaften gesellschaftlichen Transformationsprozesse viel weniger entwickelt als im Westen. Seine an Betrieben, am FDGB oder an sonstigen Massenorganisationen verankerten Strukturen waren weitgehend zusammengebrochen, während Neues aufgrund der vorrangigen sozialen, wirtschaftlichen und persönlichen Sorgen der Bevölkerung nur schwer aufzubauen war. Darum konnten die ostdeutschen Abgeordneten sich in vom vorpolitischen Raum üblicherweise schon vorgehaltenen Strukturen wesentlich schlechter verankern, als dies in Westdeutschland der Fall ist. Diese geringere Entwicklung des vorpolitischen Raumes mit seinen spezifischen Möglichkeiten 'politikfreier', doch politisch durchaus folgenreicher Wahlkreisvernetzung zog wiederum nach sich, daß genuin politische Vereinigungen für ostdeutsche Parlamentarier eine relativ größere Rolle spielten. Im übrigen hatten die ostdeutsche Parlamentarier wegen ihrer außerordentlich großen Belastung mit Parlamentsarbeit auch weniger Möglichkeiten, Bürgerkontakte und vorpolitische Vernetzungen zu pflegen, als es im westdeutschen Parlamentarismus der Fall ist

Verbände und Interessengruppen spielten und spielen für ostdeutsche Abgeordnete immer noch eine in jeder Hinsicht größere Rolle als für West-Parlamentarier. Dies geht freilich nicht auf einen besseren Entwicklungsstand zurück, sondern darauf, daß alle anderen Strukturen der Interessenvermittlung und gesellschaftlichen Vernetzung in Ostdeutschland 1991/92 schlechter ausgeprägt waren als die Interessengruppen und dies oft auch noch heute sind. Überdies war der von Interessengruppen in den parlamentarischen Willensbildungsprozeß eingebrachte Sachverstand angesichts der in den neuen Bundesländern anstehenden gewaltigen Aufgaben zu Beginn der dortigen ersten Wahlperiode besonders wichtig. Eben dies spiegelt sich darin, daß für

ostdeutsche Abgeordnete die Interessengruppen auf den drängendsten politischen Handlungsfeldern - Wirtschaft und Arbeit, Soziales und Karitatives, kultureller Bereich - tendenziell wichtiger sind als für West-Parlamentarier.

Stärker als bei den West-Abgeordneten fällt bei den ostdeutschen Parlamentariern auch der *parlamentarische Bereich* und das *persönliche Umfeld* als Rollenpartner, Impuls- und Informationsquelle ins Gewicht. Dies geht im wesentlichen auf den im Vergleich zu westdeutschen Verhältnissen unterentwickelten Zustand der sonstigen Netzwerkstrukturen zurück, ferner auf die Dominanz der Parlamentsarbeit im ostdeutschen Landesparlamentarismus.

Diese gut erkennbaren, leicht zu erklärenden und die Aufbauphase parlamentarischer Demokratie in Ostdeutschland markierenden Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen parlamentarischen Vernetzungsstrukturen sind allerdings eingebettet in ein Grundmuster großer Ähnlichkeit zwischen West- und Ostdeutschland. Dieses findet sich zumal in den Daten für 1994. So große Ähnlichkeit überrascht zunächst, da man hätte erwarten sollen, der gewaltige Unterschied zwischen der 1991/92 im Umbruch befindlichen ostdeutschen Gesellschaft und der recht stabilen Gesellschaft Westdeutschlands würde gerade im Bereich der Vernetzungsstrukturen beträchtliche Unterschiede hervorbringen. Doch immer wieder war zu erkennen, mit wie großer Lernfähigkeit sich der größte Teil der ostdeutschen Abgeordneten auf die Erfordernisse erfolgsorientierten politischen Handelns unter den neuen Rahmenbedingungen einstellte.⁴⁵ Dies wurde ausgedrückt in der Formel von der vereinheitlichenden Prägekraft der gleichen Funktionslogik des nun in Ost- wie Westdeutschland etablierten Systems repräsentativer Demokratie. Ihre empirischen Belege gewinnt diese Formel aus allen Tabellen, die einen Angleichungsprozeß ostdeutscher Gegebenheiten an westdeutsche Strukturen dokumentieren.* Dabei wuchs das neue System vom Zentrum zur Peripherie, von den politischen Institutionen zur Gesellschaft. Schneller verliefen die Angleichungsprozesse im parlamentarischen, im politisch-handwerklichen Bereich, langsamer hingegen dort, wo die Gesellschaft selbst, von ganz anderen Voraussetzungen als im Westen ausgehend, dem neuen System kompatible Strukturen und Verhaltens-

⁴⁵ Übermächtiger Druck auf erfolgsorientiertes Lernen ging natürlich auch von den gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen aus, die es politisch zu meistern galt.

⁴⁶ Im übrigen findet sie eine starke empirische Untermauerung auch darin, daß von den über 400 Merkmalen, die 1991/92 zum Amtsverständnis, zur Amtsausübung und zur gesellschaftlichen Verankerung von Parlamentariern quantitativ erhoben wurden, nur ungefähr ein Viertel signifikante Unterschiede zwischen Ost- und West-Abgeordneten aufwies (vgl. Patzelt, Legislators of new parliaments, a.a.O., S. 23f). Da die biographischen und sozialisatorischen Voraussetzungen ost- und westdeutscher Parlamentarier damals völlig verschieden waren, läßt sich dieser rasche Angleichungsprozeß nur durch das Wirken sehr starker vereinheitlichender Faktoren erklären. Für eben sie dient der Begriff der 'einheitlichen Funktionslogik' des in West- wie Ostdeutschland gleichermaßen etablierten parlamentarischen Regierungssystems als Kurzformel.

weisen zu entwickeln hatte. Keineswegs schwebt das neue politische System Ostdeutschlands mehr über der ostdeutschen Gesellschaft, wie es kurz nach der Wiedervereinigung der Fall war. Noch ist freilich der ostdeutsche Parlamentarismus gesellschaftlich nicht so tief abgestützt wie jener der Altbundesländer. Das Wurzelwerk repräsentative Demokratie entsteht nun einmal nicht durch Verfassungsgebung und Institutionendesign, sondern allein durch langjähriges Handeln gemäß ihren Spielregeln. Abgeordnete leisten zu diesem Wachstumsprozeß zwar einen wichtigen Beitrag, indem sie Kommunikationsnetze aufbauen, erweitern und pflegen. Das Wesentliche muß eine **Bürgergesellschaft aber selbst tun: durch Selbstorganisation und tolerante politische Partizipation.**